

# Holzarbeiter Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitsvermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzelle. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Kölnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 16

Berlin, den 16. April 1932

40. Jahrgang

## Wählt Sozialdemokraten!

Der 10. April hat das Volksurteil vom 13. März bestätigt. Hitler ist zum zweiten Mal geschlagen. Hindenburg ist mit 19 359 642 Stimmen zum Reichspräsidenten wiedergewählt, während es Hitler nur auf 13 417 460 Stimmen brachte und für Thälmann 3 706 388 Stimmen abgegeben wurden. Nun gilt es, Hitlers Niederlage zu vervollständigen bei den bevorstehenden Parlamentswahlen. Am 24. April werden die Länderparlamente in Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg neu gewählt. Überall handelt es sich um wichtige Interessen der Arbeiterklasse, aber hauptsächlich konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf Preußen.

Preußen umfaßt nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel von Deutschland, der Einfluß Preußens auf die Zustände in Deutschland ist aber noch bedeutender, als es seiner Größe entspricht. Das oft zitierte Wort: „Wer Preußen hat, hat das Reich“, enthält eine Wahrheit, die allgemein anerkannt ist. Deshalb der unaufhörliche Ansturm der Reaktion, die es unerträglich findet, daß die Sozialdemokratie in der preußischen Regierung einen bestimmenden Einfluß ausübt. Braun und Severing sind die Exponenten der Arbeiterklasse, sie gewährleisten als Minister die Herrschaft der Demokratie und die Sicherheit der republikanischen Verfassung nicht nur in Preußen, sondern in Deutschland.

In Preußen regiert seit dem November 1918 die Koalition der Weimarer Parteien. Diese Koalition zu stürzen, ist seit langem das Ziel der Rechtsparteien. Es wäre völlig aussichtslos ohne die Hilfe der Kommunistischen Partei; eine Hilfe, die uneigennützig und selbstlos gewährt wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die zur Herrschaft gelangenden Rechtsparteien mit allen Mitteln auf die Unterdrückung und Vernichtung der kommunistischen Bewegung hinarbeiten würden. Aber die Kommunisten sind von so blindwütigem Haß gegen die Sozialdemokratie erfüllt, daß sie in perverser Lust sich selbst schädigen, wenn sie nur der Sozialdemokratie einen Nachteil zufügen können.

Seit den letzten Preußenwahlen hat der Radikalismus starke Fortschritte gemacht. Die Kommunisten haben davon nur in geringerem Maße profitiert; die Hauptnutznießer der Radikalisierung sind die Nazis. Sie haben die Deutschnationalen, die einst ihre wohlwollenden Förderer waren, zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt, und die Mittelparteien sind von ihnen nahe-

zu aufgerieben. Das ist das Bild auf dem politischen Kampfplatz, das sich zuerst bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 enthüllte. Ihre unerwarteten Erfolge sind den Nazis zu Kopfe gestiegen. Sie strecken die Hand aus nach der Alleinherrschaft. Dieses Ziel wäre für sie von vornherein unerreichbar, und sie wären in ihren Wünschen bescheidener gewesen, wenn sie nicht mit der Unterstützung durch die Kommunisten rechnen könnten, die ihnen so selbstlos gewährt wird.

Ihre Niederlage bei der Präsidentenwahl wollen die Nazis nun wettmachen durch einen Wahlsieg in Preußen. Würden sie so viel Mandate erringen, daß es ihnen mit Hilfe ihrer Vasallen möglich wäre, eine Regierung zu bilden, dann wären sie faktisch die Alleinherrscher in Preußen. Was die Beteiligung der Nazis an einer Landesregierung bedeutet, hat man in Thüringen und Braunschweig gesehen. Eine Welle von Beunruhigung und Schwierigkeiten wurde nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Preußen die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

Die Folgen würden zuerst und am härtesten die Arbeiterschaft treffen. Es darf niemals übersehen werden, daß die Ausführung der in der Verfassung und in den verschiedenen Reichsgesetzen niedergelegten Rechte der Arbeiter von der Verwaltung der Länder erfolgt. Sozialgesetze, Arbeiterschutz, Koalitionsfreiheit würden zu leeren Worten und Begriffen ohne Inhalt, wenn nicht die Länder ihre Durchführung garantierten.

Hitler und die Nationalsozialistische Partei sind nichts weiter als der Vorspann für die Sehnsüchte und Wünsche der Industrieherrn, die von der Wiederherstellung des einstigen Zustandes des „Herrn im Hause“ träumten. Und gelangen die Nationalsozialisten zur Macht, dann werden ihre Förderer und Geldgeber nicht zögern, Herrn Adolf Hitler und seinen Mannen die Rechnung zur Begleichung vorzulegen.

Würden diese Folgen eines nationalsozialistischen Wahlsieges die Arbeiter

schwer genug treffen, so wären damit die schlimmen Auswirkungen nicht erschöpft. Die Arbeitslosigkeit, unter welcher die deutsche Arbeiterschaft so schwer leidet und der die radikalen Parteien hauptsächlich ihren Auftrieb verdanken, ist keineswegs auf Deutschland beschränkt; unter ihr leiden mehr oder weniger alle zivilisierten Völker der Erde. Diese Tatsache allein straft die Behauptung der radikalen Parteien Lügen, als ob sie imstande seien, die Arbeitslosigkeit zu bannen.

Die Dinge liegen gerade umgekehrt; das deutsche Wirtschaftsland wird wesentlich verschärft durch die innerpolitische Unsicherheit, die durch das Anwachsen der radikalen Parteien von rechts und links hervorgerufen wird. Deren hemmungslose Agitation, deren skrupellose Drohungen, auch mit den Mitteln der Gewalt den heute bestehenden Staat und seine Verfassung stürzen und ändern zu wollen, erschüttern das Vertrauen weiter Schichten der deutschen Bevölkerung auf eine kommende wirtschaftliche Besserung.

Solange nicht der Ausgang der Landtagswahlen bewiesen hat, daß die große Mehrheit des deutschen Volkes die extremen Parteien rechts und links ablehnt, solange wird auch das Ausland sich nicht überzeugen lassen, daß trotz aller skrupellosen Verhetzung und Demagogie der größte Teil des Volkes zur politischen Einsicht und wirtschaftlichen Vernunft sich bekennt.

Bei der Wahl des Reichspräsidenten hat sich die Mehrheit der Wähler für Hindenburg entschieden. Die Beweggründe waren verschiedener Art. Bei den Landtagswahlen scheiden sich die Geister. Die Sozialdemokratie und mit ihr die Gewerkschaften haben sich mit voller Energie für die Wahl von Hindenburg eingesetzt. Damit haben sie erreicht, was sie gewollt haben: Hitler ist geschlagen, dem Übermut der Nazis ist ein Dämpfer aufgesetzt. Jetzt, bei den Wahlen zu den Landtagen, gilt es, Männer und Frauen in die Volksvertretungen zu wählen, die die Förderung der Wohlfahrt der werktätigen Bevölkerung als oberste Richtschnur für ihre Tätigkeit in der Gesetzgebung betrachten. Wir wählen Sozialdemokraten, weil die Sozialdemokratie allein die Gewähr dafür bietet, daß gute und gerechte Gesetze geschaffen werden.

Das Wirken der sozialdemokratischen Abgeordneten im Preußischen Landtag der Republik ist der beste Be-

weis dafür, daß die Sozialdemokratie, wo sie die Macht dazu hat, das zu erfüllen trachtet, was sie gefordert hat, als sie nur ein kleines, einflußloses Häuflein war, wie im Preußischen Landtag unter der Herrschaft der Monarchie. Die damals herrschenden Zustände wiederherzustellen, ist der sehnlichste Wunsch der Reaktionäre aller Schattierungen.

Damals war der Geldsack maßgebend für das Maß des Wahlrechts. Die große Masse des Volkes wählte in der dritten Klasse. Ihre Stimmen wurden erdrückt von den Stimmen der Reichen. Etwa 12 Prozent der Wähler wählten in der zweiten und 2 Prozent in der ersten Klasse. Die Wahl erfolgte indirekt und öffentlich. Der Wähler mußte den Namen des Wahlmannes, dem er seine Stimme geben wollte, öffentlich nennen, und in der gleichen Weise wählten die Wahlmänner dann den Abgeordneten. Dabei wurden die Frauen als unmündig betrachtet; ihnen war das Wahlrecht überhaupt vorenthalten. Allen Widerständen zum Trotz hat die Sozialdemokratie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter erkämpft und damit die Grundlage für eine Gesetzgebung gelegt, in welcher der Wille des Volkes ihren Ausdruck findet.

Sollen diese Errungenschaften preisgegeben werden? Die extremen Parteien rechts und links, Kommunisten und Nazis, erstreben eine Diktatur, in der nicht der Wille des Volkes, sondern der des herrschenden Diktators maßgebend ist. Das Rußland Stalins und das Italien Mussolinis sind abschreckende Beispiele für dieses Regierungssystem. Die Mittelparteien sind zum Teil offene Gegner der Demokratie, im übrigen aber nur laue Freunde. Sie lassen sich die Vorteile, die ihnen die Demokratie bietet, gefallen, würden sie aber ebenso gern preisgeben, wenn sie sich davon Nutzen für die Bevölkerungskreise versprechen, die sie vertreten.

Die unumgängliche Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse ist die Demokratie. Des Volkes Wille ist das oberste Gesetz. Wir wollen nicht wieder Untertanen eines Selbstherrschers sein, wir wollen nicht von Geschlechtern regiert sein, die sich auf angebliche Vorzüge der Geburt berufen, ebensowenig wollen wir den Kapitalbesitzern das Recht einräumen, zu herrschen und die Arbeiterklasse auszubeuten. Dem Willen und Streben der Arbeiterklasse geben wir Ausdruck, indem wir am 24. April der Parole folgen:

## Wählt Sozialdemokraten!

# Hitlers Privatarmee

Am 17. März hat Severing zugepackt. Durch umfassende Haussuchungen in den Befehlsstellen der Hitlerschen Privatarmee in ganz Preußen hat er die zwingenden Beweise für die Putschpläne sichergestellt, die von der Nationalsozialistischen Partei bis ins einzelne ausgearbeitet waren, um sich durch einen Handstreich in den Besitz der Macht zu bringen. Mit der Frechheit, die die vorstehendste Eigenschaft der Nazis ist, verkündete ihre Reichsleitung noch am Tage nach diesen Haussuchungen, daß das Vorgehen der preußischen Regierung „an der absolut unbedingten und organisatorisch einwandfrei gesicherten Gesetzmäßigkeit“ der Führer der NSDAP. scheitern werde. Wieder wurden heilige Legalitätsschwüre geschworen, und um der Frechheit die Krone aufzusetzen, beantragte der Führer der Nazis beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Herausgabe des beschlagnahmten Materials.

Mit einigem Kopfschütteln hat man gelesen, daß über diesen Antrag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke auch am 24. März verhandelt wurde. Nach dessen Vergleichsvorschlag verpflichtete sich die preußische Regierung, das unverfängliche Material, dessen Rückgabe bereits vorher angeordnet war, herauszugeben. Natürlich stellte es die nationalsozialistische Presse so dar, als ob Severing sich verpflichtet habe, das gesamte beschlagnahmte Material auszuliefern.

Davon konnte natürlich keine Rede sein. Einen Teil des Materials, und zwar nicht den gravierendsten, hat der Minister der Tagespresse übergeben, die es am 6. April veröffentlichte. Der wichtigste Teil wird noch geheim behandelt. Er ist dem Oberreichsanwalt übergeben, da es sich bei ihm um den dringenden Verdacht des Hoch- und Landesverrats gegen einige Führer der Nazipartei handelt. Hierbei darf dem Wunsch Ausdruck gegeben werden, daß man sich beim Reichsgericht bei der Durchführung des Verfahrens die Schnelligkeit zum Vorbild nehme, mit der gegen Angeschuldigte vorgegangen wird, die zur Kommunistischen Partei gehören. Das beim Oberreichsanwalt schwebende Verfahren gegen den Nazi Dr. Best wegen der berüchtigten Boxheimer Dokumente läßt einen solchen Wunsch ganz besonders berechtigt erscheinen.

Im preußischen Innenministerium war man von den Putschvorbereitungen unterrichtet. Man wollte aber eine Panikstimmung in der Bevölkerung vermeiden und auch nicht den Eindruck erwecken, als ob es sich um ein Wahlmanöver handle. Erst nach der Wahl wurde zugegriffen.

Aus dem veröffentlichten Material geht einwandfrei hervor, daß Hitlers Privatarmee mobilisiert war, um sich am 13. März nach dem mit Sicherheit erwarteten Wahlsieg Hitlers der Waffenlager der Polizei und der Reichswehr zu bemächtigen, die Amtsgebäude der Behörden, der Post usw. zu besetzen und für Hitler die Macht zu ergreifen. Dieser Plan wäre wahrscheinlich an der Wachsamkeit der Polizei und dem Widerstand der Eisernen Front, die nicht überrascht worden wäre, gescheitert. Aber es wäre zu schwerem Blutvergießen gekommen, und der Putsch hätte zu unabsehbaren Folgen für unser Wirtschaftsleben geführt, das unter diesem Stoß völlig zusammengebrochen wäre. Hitlers Wahl-niederlage hat auf seine Anhänger so deprimierend gewirkt, daß man nicht den Mut fand, das Signal zum Angriff zu geben.

Aus dem veröffentlichten Material geht hervor, daß die Nazis über eine völlig ausgerüstete Armee verfügen, die von zahlreichen Berufsoffizieren geleitet und nach dem Muster des alten Heeres aufgezogen ist. Mittels des eingerichteten Nachrichtendienstes wird eine sehr rege Spitzeltätigkeit entfaltet. So wird z. B. in einem Brief Nr. 45 der Standarte 66 in Ebersheim 1. März 1932 unter anderem Folgendes über die Listenartige Aufstellung der: 1. Polizei, 2. Lehrer, 3. Pfarrer, 4. Bahnbeamte und Lokomotivführer, 5. Autobusfahrer, 6. Vorsitzende von Innungen, Militär- und sonstigen Schießvereinen, 7. Beamte des Bezirksverbandes,

8. Freimaurer und 9. Juden verlangt. In anderen Fällen werden ins Einzelne gehende Angaben über den Bahnschutz, Panzerzüge, Bahnfunkanlagen, über die postalischen Anlagen und Einrichtungen, Flughäfen usw. gefordert.

Anfang März, angesichts der bevorstehenden Mobilmachung, wird eine allgemeine Bestandaufnahme an Feldküchen vorgenommen. In einem Befehl vom 27. Januar heißt es trotz des bestehenden Uniformverbots: „Die Einkleidung ist zu beschleunigen.“ In dem gleichen Befehl heißt es auch: „Jeder SA-Verband hat umgehend die Beschaffung von sogenannten eisernen Rationen zu veranlassen. Jeder SA-Mann muß unbedingt im Besitz von mindestens einer Dose Fleisch oder Wurst sein. Für die Landstürme kann an Stelle von Dosenfleisch oder -wurst Speck oder Dauerwurst genommen werden. Die Landstürme werden größtenteils Gelegenheit haben, ihre Kameraden der Stadtstürme zu unterstützen.“

In einem Befehl des Sturmbanners V/93 der Untergruppe Magdeburg-Anhalt in Dessau vom 29. Februar ist die Rede von der Alarmierung am 13. März. Dort heißt es: „Die Stürme haben sich am 13. März 1932 wie folgt auszurüsten: Verpflegung für 2 Tage, ordentliches Schuhzeug, Dienstanzug verpackt (in tadelloser Ordnung), Tornister oder Rucksacke (Schlafdecke), Handtuch, Seife und was dazugehört.“

Unter Ziffer 15 desselben Blattes wird der Transport einer Feldküche nach dem SA-Heim in Zerbst angeordnet, damit sie „am 13. März 1932 dort bereits fertig verfügbar steht“.

Befehle, die sich auf die Alarmierung am 13. März beziehen, sind auch anderwärts gefunden worden. Am 12. März konnte die Polizei im Kreise Einbeck den Transport von Militärwaffen, Munition und Stahlhelmen unterbinden; am Wahltag selbst wurden bei dem Kreisleiter der Nazis in Salzwedel ein schweres Maschinengewehr sowie Infanteriegewehre und Munition gefunden, ganz abgesehen von der fast täglichen Feststellung von Handfeuerwaffen bei Nationalsozialisten.

Am 12. März 1932 war der Polizei in Berlin eine Mappe mit Schriftstücken in die Hand gefallen, aus denen sich die Tatsache eines Befehls des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps an den Motortruppführer Möhring ergab, bis Montag (14. März, abends) beim Adjutanten der Untergruppe Ost mit seinem Wagen Dienst zu tun; es sollen Munition und Waffen gefahren werden. Hierbei sollten offenbar zwei SA-Männer Eichhorst und Cochius helfen; bemerkenswert ist, daß in der Mappe auch Verpflichtungsscheine dieser beiden SA-Leute gefunden wurden, die handschriftlich ausgefertigt waren und folgenden Inhalt aufwies: „Ich verpflichte mich, über den Dienst am 12. März 1932 gegen jedermann Stillschweigen zu bewahren und den Dienstort nicht zu verraten.“

Wir haben hier nur wenige Einzelheiten aus der Veröffentlichung des preußischen Innenministeriums wiedergegeben, das doch nur ein Bruchteil des in Händen der Behörden befindlichen Materials ist. Was man bisher schon wußte, ist jetzt auch dokumentarisch erwiesen, nämlich daß die Loyalitätsschwüre Hitlers und seiner Anhänger Meineide sind. Die Nationalsozialistische Partei will sich durch einen Putsch in den Besitz der Macht bringen und in Deutschland eine faschistische Herrschaft errichten. Trotzdem das Verbrecherische ihres Tuns offenkundig ist, werden ihre Führer nicht müde, ihre Loyalität zu beteuern. Mit vollem Recht sagt die „Vossische Zeitung“ gelegentlich der Veröffentlichung des Materials: „Die Doppelzüngigkeit der Nationalsozialisten ist geradezu beispiellos in der politischen Geschichte. Sie sind in allem das Gegenteil von dem, was sie scheinen wollen. Sie bezeichnen sich als legal und bereiten die Diktatur vor, sie nennen sich Arbeiterpartei und beziehen Subsidien von der Schwerindustrie, sie gebärden sich sozialistisch, aber sie versichern die Hochfinanz ihres Wohlwollens und umschmeicheln den reaktionären Hochadel. Sie versprechen den Bauern hohe

Getreidepreise und planen, wie man aus dem Boxheimer Dokument weiß, die Beschlagnahme des Getreides, sie nennen sich Kämpfer für die deutsche Freiheit und...“

Den Nachsatz unterdrückt das Blatt, um nicht des Verrats militärischer Geheimnisse geziehen zu werden. Das ist auch kennzeichnend für unsere Rechtszustände.

Und was wird nun mit der Privatarmee des Herrn Hitler? Der Reichswehrminister Groener, der zugleich Reichsinnenminister ist und über die Verfassung zu wachen hat, hat bisher eine Zurückhaltung geübt, die von den Nazis so gedeutet wurde, als ob er sich von ihren Loyalitätsbetuerungen hätte einwickeln lassen. Wir sind überzeugt, daß das nicht zutrifft, und erwarten bestimmt, daß die vom preußischen Innenminister eingeleitete Aktion nun auch von den zuständigen Reichsstellen energisch weiter gefördert wird. Aber unabhängig davon muß das deutsche Volk unzweideutig bekunden, daß die doppelzüngige Nazipartei keine Aussicht hat, weder legal noch illegal zur Macht zu gelangen. Wie bei der Wahl des Reichspräsidenten, so muß ihnen auch bei den Landtagswahlen die verdiente Niederlage bereitet werden. Nieder mit den Nazis, nieder mit Hitler!

## So lebt Hitler!

In Hitlers Leibblatt, dem „Völkischen Beobachter“, war dieser Tage zu lesen, daß Hitler wie ein einfacher Bürgersmann lebe. Er wohne und esse, wie es dem „Führer“ zukomme. Was dieses Gerede wert ist, zeigt die in der „Welt am Montag“ veröffentlichte Originalrechnung des Berliner Luxushotels „Kaiserhof“ für Adolf Hitler. Wenn Hitler nach Berlin kommt, „residiert“ er im „Kaiserhof“. Hier bewohnt er mit seinem „Gefolge“ 12 Zimmer, die täglich 283 Mk. kosten. Dann frühstückt er bürgerlich „einfach“, denn jedes Frühstück kostet „nur“ 2,30 Mk. Die Mittag- und Abendmahlzeiten sind gleichfalls „bürgerlich einfach“, jede kostet „nur“ 5 Mk.

Im Monat März hat Hitler 10 Tage im „Kaiserhof“ gewohnt und gelebt. Dafür hat die Nazipartei 4048 Mk. zahlen müssen. Die Originalrechnung sieht wie folgt aus:

12 Zimmer für 10 Tage .....	2830 Mk.
Täglich 12 Frühstücke à 2,30 = 27,60	276 Mk.
24 Mahlzeiten à 5 = 120 .....	600 Mk.
Getränke .....	208 Mk.
10% Bedienung auf Konsumtion .	134 Mk.
Zahlung 4048 Mk.	

Die Veröffentlichung dieser Originalrechnung des „Kaiserhofes“ hat in Nazikreisen große Bestürzung hervorgerufen. Um die Wirkung abzuschwächen, behauptet die Parteileitung der Nazis, die Rechnung sei gefälscht. Das ist der übliche Gaunertick. Nein, sie ist echt, und sie beweist, daß der Hitler wie ein Fürst lebt. Daher auch der Name „Arbeiterführer“.

## Wer sind die Hitlerwähler?

Zu den vielen ehemaligen Fürsten, Herzögen und Prinzen, die offen erklärt haben, daß sie Adolf Hitler wählen, hat sich auch der frühere Kronprinz Wilhelm gesellt. In einer Erklärung sagt dieser Herr: „Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“

Wir begrüßen die Offenheit des Schloßherrn von Ols, denn sie wird manchem Arbeiter, der bisher der Hitlergesellschaft nachgelaufen ist, die Augen öffnen.

Diese Erklärung des Exkronprinzen bedeutet überdies einen Bruch des Ehrenwortes, durch welches er sich, als ihm die Rückkehr nach Deutschland gestattet wurde, verpflichtet hatte, jeder politischen Betätigung fernzubleiben. Bei Hitler und den Seinen gehört es allerdings zum guten Ton, sich des gebrochenen Ehrenwortes zu rühmen. Überdies gehört das ja auch zur hohenzollernschen Familientradition, in welcher der Bruch geschworener Eide keine geringe Rolle spielt.

## Der IGB zur Wirtschaftslage

Der Ausschuß des Internationalen Gewerkschaftsbundes war vom 16. bis 18. März in Bern versammelt. Er beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Weltkrise und mit dem Problem der Arbeitsbeschäftigung. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das große, von Leipart erstattete Referat. Das Ergebnis der gepflogenen Beratungen wurde in der folgenden Entschliebung niedergelegt:

Mehr als 25 Millionen Arbeitslose in der Welt sind der furchtbare Beweis für die Tatsache, daß der Kapitalismus nicht imstande ist, einen Ausweg aus der durch ihn verschuldeten Wirtschaftskrise zu finden.

Produktion und Umsatz sind in nie dagewesenem Maße zusammengeschrumpft, Kreditkrise und Währungsverfall haben die Zerreißung der weltwirtschaftlichen Bindungen beschleunigt. Zollkrieg herrscht an Stelle der notwendigen handelspolitischen Abrüstung, Protektionismus in all seinen Formen verschärft das Tempo der Wirtschaftsdrosselung.

Die Anarchie des kapitalistischen Systems endete im Chaos der Krise, deren politische Begleiterscheinungen die Freiheit der Arbeiterklasse bedrohen.

Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der IGB, daß endlich die Forderungen aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muß Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen stehen. Der IGB verlangt mit allem Nachdruck, daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung fehlrationalisierter und bankrotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muß endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die 40 Stunden- bzw. die Fünftage-woche als höchstdauer der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Maßnahmen zur Linderung der Krise muß damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, daß die Entwicklung in der Welt zur Formierung großer, in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe, Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren, unbeschadet ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenfinden.

Diese großen Wirtschaftsgebiete dürfen nicht zu neuen Hochburgen für den Monopolkapitalismus werden. Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, sie mit ihrem ganzen Einfluß zu Planfeldern geregelter Produktion unter dem Gesichtspunkt der Bedarfsdeckung zu gestalten. Mit der Umformung der Gesamtwirtschaft, die das Gefüge der Welt neu entwickelt, muß daher die Erweiterung des Einflusses der öffentlichen Hand auf allen wichtigen Gebieten des Wirtschaftslebens parallel gehen.

Der IOB wiederholt eindringlich die wichtigsten internationalen Forderungen des Tages: Planmäßige Rohstoffgewinnung — planmäßige Güterverteilung — Planwirtschaft im Kreditwesen durch Vereinheitlichung des Notenbankwesens — Regelung des Geldwesens durch Schaffung einer einheitlichen internationalen Währung — schärfste Aufsicht über Banken und Börsen durch demokratische Kontrollämter — Brochung der kapitalistischen Monopolgewalten durch schärfste Monopolkontrolle.

Mehr als je ist es heute die Pflicht aller Arbeiterorganisationen, diese unbedingt notwendigen Forderungen im Interesse der internationalen Gesamtlösung solidarisch und ohne Rücksichtnahme auf die zeitweisen engeren Interessen eines einzelnen Landes mit allem Nachdruck zu verfechten.

# Neuer Ansturm auf die Löhne

In der Kundgebung des Reichsarbeitsministeriums, die wir in der vorigen Nummer abgedruckt haben, wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß „die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohnverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden“. Mit dieser Annahme hat sich das Reichsarbeitsministerium sehr gründlich geirrt. Nicht nur im Holzgewerbe, worüber wir an anderer Stelle dieser Nummer berichten, sondern auch in zahlreichen anderen Gewerbezweigen haben die Unternehmer von der ersten Möglichkeit, die Tarifverträge zu kündigen, sehr weitgehenden Gebrauch gemacht. Daß diese Kündigung nicht etwa erfolgte, um den Arbeitern bessere Arbeitsbedingungen zuzugestehen, ist selbstverständlich.

Nach einer Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sind Lohnvereinbarungen kündbar oder laufen ab: zu Ende Februar-März für 27 000 Arbeitskräfte, zu Ende April für 6 639 000, Mai 382 000, Juni 10 000, August 57 000, September 48 000, Oktober-Dezember für 110 000 Arbeitskräfte. Nach den bis zum 5. April beim ADGB eingelaufenen Meldungen sind zum 30. April gekündigt oder laufen an diesem Tage ohne Kündigung ab: Mantelverträge für 3 600 000 und Lohnverträge für 2 800 000 Arbeitskräfte.

Gekündigt wurden außer den Tarifverträgen im Holzgewerbe die in der Bauwirtschaft, in den graphischen Gewerben, in den Gemeindebetrieben, in der Glasindustrie und die übergroße Zahl der Landarbeitertarife. Nicht gekündigt wurden unter anderem die Reichstarife der Eisenbahner, der Post, der Schuhmacher und der Tabakarbeiter. Nicht gekündigt wurde bisher auch die Mehrheit der Lohnstarife in der Metallindustrie, Textilindustrie, für die Nahrungsmittelindustrie, für die Fabrikarbeiter und im Bergbau. Für die Metallindustrie ist allerdings die Sachlage zur Zeit noch nicht überschaubar, weil zahlreiche Lohnstarife eine nur 14tägige Kündigungsfrist vorsehen, so daß weitere Kündigungen zu erwarten sind.

Den Unternehmern ist es darum zu tun, freie Hand zu gewinnen in der Festsetzung der Löhne. Sie wollen die Löhne so tief wie irgend möglich herabdrücken, weil sie glauben, dann leichter produzieren und Absatz für ihre Erzeugnisse finden zu können. Das mag zutreffen, wenn es sich um einzelne Unternehmungen handelt, die auf Grund niedriger Löhne ihre Konkurrenten unterbieten. Dieser Vorteil verschwindet aber, wenn die Lohnsenkung sich auf alle Betriebe und auf alle Gewerbezweige erstreckt. Dann tritt als Wirkung der Lohnsenkung eine allgemeine Verminderung der Kaufkraft ein. Der Warenverbrauch wird notgedrungen eingeschränkt, und trotz der herabgedrückten Löhne mangelt es den Unternehmungen an Beschäftigung.

Der Zweck der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 war die Herbeiführung einer Deflation; die Summe des umlaufenden Geldes sollte vermindert werden. Zu dem Zweck wurden auf der einen Seite die Löhne gesenkt, auf der anderen Seite wurde eine Herabsetzung der Preise versprochen. Die Lohnsenkung wurde prompt durchgeführt, vielfach über das durch die Notverordnung vorgeschriebene Maß hinaus. Die eingetretene Preissenkung hat aber mit der Lohnsenkung bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten.

In dem Brief, den der Reichskanzler am 12. Dezember 1931 an den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei gerichtet hat, heißt es: „Die schicksalhafte Verbundenheit von Löhnen und Preisen bleibt selbstverständlich auch für die Zukunft erhalten. Sollten heute noch nicht überschaubare Umstände eintreten, die diese Wechselbeziehungen zwischen Löhnen und Preisen wesentlich verändern, so wäre eine neue Lage entstanden.“ Diese neue Lage ist da: wir halten den Reichskanzler beim Wort. Pflicht der Reichsregierung wäre es, energische Maßnahmen zu treffen, um das Gleichgewicht zwischen Löhnen und Preisen, das sich zuungunsten der Löhne so stark verschoben hat, wiederherzustellen.

Die erwähnte Kundgebung des Reichsarbeitsministeriums, in welcher der Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß von der Kündigungsbefugnis der Lohnverträge nur ausnahmsweise Gebrauch gemacht wird, war wohl als Mittel gedacht, auf die unstillbare Sucht der Unternehmer, die Löhne zu senken, hemmend zu wirken. Die zahlreichen Tarifkündigungen beweisen, daß sie in dieser Hinsicht wirkungslos geblieben ist. Die Unternehmer denken gar nicht daran, dem Reichsarbeitsminister zu folgen, der „eine erneute allgemeine Herabsetzung der Löhne nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarktes für die deutsche Wirtschaft auch nicht für wünschenswert“ erklärt. Allerdings hat der Minister den Wert dieses Wortes herabgemindert durch die dann folgende Bemerkung, daß er Lohnsenkungen in einigen Berufen für berechtigt halte. Nun kommen die Unternehmer fast aller Berufszweige mit der Behauptung, daß diese Bemerkung für sie zuträfe.

Im Unternehmerlager mehren sich die Stimmen, die nach der Wiederherstellung des freien Spieles der Kräfte bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen rufen. Bei 6 Millionen Arbeitslosen glauben sie, tarifliche Bindungen und die Hilfe amtlicher Stellen zur Schaffung von Tarifverträgen entbehren zu können. Sie täuschen sich über die Macht der Gewerkschaften, und sie sollten sich hüten, den Bogen zu überspannen.

Die gespannte Lage ist nicht ohne die Schuld des Reichsarbeitsministeriums eingetreten. Nun sucht es zu vermitteln. Wie die Tagespresse berichtet, findet am 12. April im Reichsarbeitsministerium eine große Aussprache statt zwischen dem Reichsarbeitsministerium, den Schlichtern, den Unternehmern und den Gewerkschaften. Der Gegenstand der Aussprache ist die Klärung der Lohnfrage. Auf das Ergebnis dieser Aussprache darf man mit Recht gespannt sein.

## Gesundheitsgefahren beim Beizen, Polieren und Lackieren

Bei zahlreichen Fällen von Gesundheitsschädigungen durch Beizen, Polituren und Lacke, die unserem Verbandsvorstand gemeldet wurden, hat die chemische Untersuchung des Materials ergeben, daß die verschiedensten Lösungs- und Verdünnungsmittel als Urheber der Gesundheitsschädigungen anzusehen sind. Das hat dann unsern Vorstand veranlaßt, in Gemeinschaft mit der gewerbehygienischen Abteilung des ADGB, den Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene um eine wissenschaftliche Prüfung dieser Frage zu ersuchen. Das Ergebnis dieser Untersuchung ist jetzt im Heft 40\*) der Schriften aus dem Gesamtgebiet der Gewerbehygiene veröffentlicht worden.

Nach einer eingehenden Darstellung aller gebräuchlichen Arbeitsverfahren beim Bei-

\*) Die Beiz-, Lack- und Polierverfahren für Holz, ihre Gesundheitsgefahren und deren Verhütung, von Oberregierungs- und Gewerbeamt J. Wenzel mit Beiträgen von Dr. Hans Weber und Dipl.-Ing. W. Guelfroy vom Reichsgesundheitsamt.

zen, Polieren, Lackieren und Spritzen werden die Arbeitsmittel auf ihre Zusammensetzung geprüft. Die überzugbildenden Stoffe, Natur- und Kunstharze, sowie die Farb- und Füllstoffe und die Weichmachungsmittel kommen nur in seltenen Fällen und in ganz geringem Maße als Urheber von Gesundheitsschädigungen in Betracht. Anders ist es mit den Lösungs- und Verdünnungsmitteln. Deren gibt es eine lange Reihe von Gruppen. Genannt seien die Kohlenwasserstoffe, die Alkohole, die Ketone und die Ester. Zu dieser und zu den übrigen Gruppen gehören unzählige, in ihrer Beschaffenheit mehr oder weniger voneinander abweichende, aber verwandte Chemikalien. Gemeinsam ist ihnen, daß sie ohne Ausnahme ungünstig auf den menschlichen Organismus einwirken, allerdings in verschiedenen Graden und in verschiedener Form.

Diese Erkenntnisse nützen aber dem Arbeiter herzlich wenig, denn er weiß ja so gut wie gar nichts über die Zusammensetzung der Beizen, Polituren und insbesondere der Lacke. Er und auch der Unternehmer haben doch meistens keine Ahnung, welche und wie viele Gifte sich hinter den sonderbarsten Zweck- und Phantasienamen verbergen. Gerade deshalb haben wir alle Ursache, diesen Fragen unsere größte Aufmerksamkeit zu widmen, zumal zu erwarten ist, daß gerade die schädlichsten Stoffe, die gut lösen und schnellstes Trocknen bewirken, in Zukunft in der Holzindustrie noch mehr Verwendung finden.

Der Technische Ausschuß hat vom gewerbehygienischen Standpunkt aus Forderungen aufgestellt, die wir noch um einige ergänzen müssen. Gesetzlich verboten werden muß die Verwendung der schädlichsten Chemikalien, die ohne Beeinträchtigung der technischen Eigenschaften und der Wirtschaftlichkeit durch andere ersetzt werden können. Hierzu gehören die gechlorten Kohlenwasserstoffe, der Methylalkohol und die Äther. Notwendig ist der Deklarationszwang für den Gehalt an besonders schädlichen Chemikalien. Jeder Apotheker muß auf den verabfolgten Medikamenten angeben, aus welchen Stoffen sich das Medikament zusammensetzt; das gleiche fordern wir für die Lacke und Lösungsmittel. Die möglichst reine Herstellung der Lösungs- und Verdünnungsmittel kann ebenfalls mit derselben Berechtigung vorgeschrieben werden wie der Verkauf unverfälschter Milch.

Die Beschaffenheit der Arbeitsräume, die Lüftungs- und Absaugeinrichtungen müssen der besonderen Beachtung der Gewerbeaufsicht eindringlich empfohlen werden. Die Gefährlichkeit vieler Stoffe besteht in ihrer starken Flüchtigkeit, wodurch die Atemluft durch giftige Stoffe geschwängert wird. Deshalb ist die Raumlüftung und Absaugung der verunreinigten Luft dringend notwendig. Bei Arbeiten mit Stoffen, die sehr schädlich, aber technisch unersetzlich sind, muß Atemschutzgerät benutzt werden. So unangenehm dem Arbeiter der Gebrauch dieser Masken auch sein mag, seine Gesundheit muß ihm wichtiger sein.

Die meisten Lösungs- und Verdünnungsmittel haben aber nicht nur die Eigenschaft, die Luft zu vergiften, sie sind auch starke Fettlöser, das heißt, sie zerstören die Fettzellen der Haut, soweit sie mit ihr in Be-

rührung kommen. Dadurch wird die Haut leicht reizbar und gegen äußere Einflüsse sehr empfindlich. Das kann zu schweren Erkrankungen führen. Dagegen hilft, soweit das möglich ist, zweckmäßige Arbeitskleidung und eine ordentliche Hautpflege durch regelmäßige Reinigung und Einfettung der Haut, denn solange sich die Fettlöser mit der Zerstörung des künstlich aufgetragenen Fettes beschäftigen müssen, können sie dem natürlichen Hautfett nichts anhaben. Die Reinigungs- und Einfettungsmittel, selbstverständlich unschädliche, müssen vom Unternehmer gefordert werden, der die Verarbeitung der schädlichen Chemikalien für unerlässlich hält.

Nicht jeder Mensch ist gegen einen gesundheitsschädlichen Stoff gleich empfindlich. Der eine kann jahraus, jahrein einen solchen Stoff, z. B. Terpentin, verarbeiten, ohne die geringsten Nachteile zu verspüren, während ein anderer schon nach kurzer Berührung Hautausschläge, sogenannte Ekzeme, bekommt und diese immer wieder bekommt, sobald er dieses Material wieder verarbeitet, wobei sich das Leiden bei jeder Wiederholung verschlimmert. Wer mit solcher besonderen Empfindlichkeit (Idiosynkrasie) behaftet ist, sollte die Berührung mit solchen Lösungsmitteln vermeiden, das heißt auf gut deutsch, die Arbeit aufgeben. Heute ist es aber so, daß ein Arbeiter lieber schwerste Gesundheitsschädigungen in Kauf nimmt, als seine karge Verdienstmöglichkeit mit einer noch karger Arbeitslosenunterstützung zu vertauschen.

Die Schwere der Gesundheitsschädigungen bei allen Lösungs- und Verdünnungsmitteln ist abhängig von der Dauer der Einwirkung; deshalb ist eine kurze Arbeitszeit mit der beste Schutz. Die in den letzten zwei Jahren stark verbreitete Kurzarbeit hat neben ihrer wirtschaftlichen Schwächung der Arbeiter das eine Gute gehabt, daß die Gesundheitsschädigungen durch Chemikalien wesentlich zurückgegangen sind. Wenn der Körper immer wieder genügend Zeit erhält, die während der Arbeit aufgenommenen giftigen Stoffe auszuschleiden, kann die dauernde Verarbeitung dieser schädlichen Stoffe bei Beachtung aller sonst gebotenen und möglichen Vorsichtsmaßregeln ohne Nachteile ertragen werden.

Schließlich berücksichtigt die Schrift auch noch, daß mit Ausnahme der gechlorten Kohlenwasserstoffe, die dafür um so giftiger sind, fast alle Lösungs- und Verdünnungsmittel mehr oder weniger feuergefährlich sind. Manche bilden sogar bei der Verdunstung ein explosives Luftgemisch. Darüber zu wachen, daß auch in dieser Hinsicht alle Vorsichtsmaßregeln getroffen werden, ist Aufgabe der Gewerbeaufsicht und unserer Kollegen. Im ganzen gesehen ist die vom Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene geleistete Arbeit eine gute Waffe in unserem Kampf gegen die Gesundheitsgefahren. G. Ansgore.

## Heinrich Limbertz gestorben

Der Bergarbeiter-Verband hat einen schweren Verlust erlitten; Heinrich Limbertz, der Redakteur der „Bergbau-Industrie“, ist am 3. April einem Herzleiden erlegen. Limbertz wurde am 10. September 1874 in Eving bei Dortmund geboren. Er arbeitete nach der Schulentlassung eine Reihe von Jahren als Bergarbeiter. Im Jahre 1902 wurde er als Arbeitersekretär in Iserlohn angestellt, und er versah dann das gleiche Amt in Essen. Im Jahre 1907 wurde ihm die politische Redaktion der „Essener Arbeiter-Zeitung“ übertragen. Seine politische Tätigkeit verhinderte ihn nicht, nach wie vor eine rege Werbetätigkeit unter den Bergarbeitern zu entfalten. Als Hué gestorben war, übertrug der Bergarbeiter-Verband dessen altem Kampfgesährten die Nachfolge in der Leitung des Verbandsorgans. Seit dem Jahre 1922 stand Limbertz an diesem Posten. Von dem Vertrauen der Arbeiter im Kohlenrevier getragen, wurde Limbertz im Jahre 1919 in die Preußische Landesversammlung gewählt. Dem Preußischen Landtag gehörte er dann bis zum Jahre 1924 an. Seit dieser Zeit bis zu seinem Tode war er Mitglied des Reichstags. Limbertz' Wirken war in erster Linie seinen engeren Berufsgenossen, den Bergarbeitern, gewidmet, aber darüber hinaus hat er auch der gesamten Arbeiterbewegung wertvolle Dienste geleistet, die ihm ein ehrendes Andenken sichern.

## Schlagt Hitler zum dritten Male!





# Aus dem Verbandsleben



## Tobende Scharfmacher

Die Verbindlicherklärung des am 11. März gefällten Schiedsspruches für das Holzgewerbe in Sachsen ist vom Unternehmertum als Anlaß für einen großen Enttäuschungsummel genommen worden. Den Schrieb, den der Syndikus des Arbeitgeberverbandes der sächsischen Stuhlindustrie, Herr Carl Tögel, am 23. März in den „Dresdener Nachrichten“ verbrochen hat, haben wir in unserer vorigen Nummer gebührend gewürdigt. Der Syndikus Tögel steht aber nicht allein. Hinter die Holzindustriellen haben sich der Verband sächsischer Industrieller und der Landesauschuß sächsischer Arbeitgeberverbände gestellt, und Herr Wilhelm Wittke, der Vorsitzende und Führer der sächsischen Scharfmacher, hat auch die Führung des Landsturms übernommen, der aufgegeben wurde, um gegen die Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums Sturm zu laufen. Der Vollständigkeit wegen sei erwähnt, daß auch der Verband sächsischer Tischlerinnungen in gleicher Weise in Enttäuschung macht. Der Schmerzensschrei, den dessen Geschäftsführer im „Tischlerhandwerk“ ausstößt, ist offenbar von den Äußerungen der Industriellen stark beeinflusst.

Nachdem Herr Tögel am 23. März sein Herz in den „Dresdener Nachrichten“ ausgeschüttet hatte, zog Herr Wilhelm Wittke am 27. März im „Dresdener Anzeiger“ vom Leder. Der Führer der sächsischen Scharfmacher verfügt über weitreichende Verbindung, und so konnte die „Kölnische Zeitung“ am gleichen Tage bereits einen ihr telegraphisch übermittelten Auszug aus Wittkes Entrüstungskundgebung veröffentlichen. Das Interessanteste an der Nachricht des rheinischen Blattes ist der Schlusssatz: „Der Schiedsspruch hatte bereits auf der kürzlichen Tagung des Verbandes sächsischer Industrieller, wie berichtet, zu erregten Auftritten geführt, die sich insbesondere gegen einen anwesenden Reichsminister richteten.“

Es handelt sich um den Reichswirtschaftsminister Warmbold, der von den sächsischen Industriellen nach Strich und Faden gebeutelt wurde, weil er nicht auf den Schwung aufgepaßt hatte. Im Reichswirtschaftsministerium sitzen die treibenden Kräfte für den hemmungslosen Lohnabbau. Im Reichswirtschaftsministerium linden die Scharfmacher immer ein sehr geneigtes Ohr, und wenn sie Tarifverträge zer-

schlagen wollen, um ungehemmt die Löhne senken zu können, da finden sie im Reichswirtschaftsministerium verständnisvolle Unterstützung. Das Trauerspiel mit den Schlichtungsverfahren und den Schiedssprüchen im Holzgewerbe, denen nach langem Hinhalten schließlich die Verbindlichkeit verweigert wurde, wird verständlich, wenn man weiß, daß in diesen Dingen die eigentliche Entscheidung im Reichswirtschaftsministerium nach dem Diktat der Scharfmacher fällt. Nun ist der Schiedsspruch für das sächsische Holzgewerbe vom 11. März für verbindlich erklärt worden. Die sächsischen Industriellen erblicken darin eine Pflichtverletzung des Reichswirtschaftsministers, der das hätte verhindern müssen. Und als er nichtsahnend auf die Tagung der sächsischen Industriellen kam, da wurde er dort sehr gründlich gerüffelt.

Nicht weit von Herrn Wittke ist auch der Ursprung der Nachricht zu suchen, welche der „Dresdener Anzeiger“ am 31. März brachte. Hiernach hätten die von Herrn Wittke geleiteten Scharfmacherverbände in einem an den Reichskanzler gerichteten Telegramm „gegen die Absichten des Reichsarbeitsministeriums, in der sächsischen Holzindustrie durch Verbindlicherklärung eines Schiedsspruches eine Lohnerhöhung herbeizuführen, protestiert.“ Da die Verbindlichkeit des Schiedsspruches bereits am 19. März ausgesprochen wurde, kam der Protest zu spät, aber immerhin sollte das Telegramm als Demonstration wirken und die weitere Entwicklung der Dinge beeinflussen. Der erwähnten Nachricht zufolge wurde in dem Telegramm behauptet, daß durch den Schiedsspruch der Lohn um 2 bis 9 Pf. erhöht werde und daß infolgedessen auf der Leipziger Messe auf Grund der seitherigen Löhne abgeschlossene Aufträge annulliert werden mußten.

Die Behauptung, daß der Schiedsspruch vom 11. März Lohnerhöhungen von 2 bis 9 Pf. bringt, hat Herr Wittke seinem Aufsatz im „Dresdener Anzeiger“ als Motto vorausgeschickt. Diese Behauptung ist un-wahr, und wir müssen Herrn Wittke den Vorwurf machen, daß er die unwahre Behauptung zur Grundlage nicht nur seines Zeitungsartikels, sondern auch seiner großen Aktion bei der Reichsregierung macht, obwohl er sich mit leichter Mühe von der Unrichtigkeit überzeugen konnte.

Die Löhne des Schiedsspruches vom 11. März bleiben in den meisten Positionen

zum Teil erheblich hinter den Löhnen zurück, die der Arbeitgeberverband des sächsischen Holzgewerbes als Grundlage für Lohnvereinbarungen nach Erlaß der Notverordnung seinen Mitgliedern mitgeteilt hat. In dem „Rundschreiben Nr. 46/31 an unsere Einzelmitglieder“, das der Arbeitgeberverband am 14. Dezember 1931 versandt hat, werden Anweisungen für das Verhalten angesichts der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 erteilt. Dort wird den Inhabern der Betriebe, in denen kein Tarifvertrag besteht, empfohlen, mit ihrem Betriebsrat über den „Abschluß einer Betriebsvereinbarung auf der Grundlage der aus der Anlage ersichtlichen Lohinsätze von 1927“ zu verhandeln. Die Anlage enthält die „Löhne im sächsischen Holzgewerbe vom 10. Januar 1927“.

In unserer Übersicht haben wir die Löhne, die nach Anweisung des Arbeitgeberverbandes zu zahlen waren, und die des Schiedsspruches vom 11. März nebeneinandergestellt. Hierzu wäre zu bemerken, daß die Anweisung des Arbeitgeberverbandes, die den Stand der Löhne am 10. Januar 1927 wiedergibt, die Ortsklasse Ia nicht enthält. Es handelt sich um die Städte Dresden und Leipzig, für die erst im Jahre 1929 ein höherer Lohn vereinbart wurde, um sie den übrigen Großstädten in Deutschland anzugleichen. Vergleicht man die beiden Lohn-tafeln in ihren einzelnen Positionen, dann findet man, daß der Schiedsspruch vom 11. März den Lohn an vielen Stellen noch erheblich niedriger ansetzt, als dem Stande vom 10. Januar 1927 entsprechen würde, den selbst der Arbeitgeberverband als angemessen seinen Mitgliedern empfohlen hat.

Und da kommt der Scharfmacher Wittke und behauptet kühn, durch den Schiedsspruch seien die Löhne um 2 bis 9 Pf. erhöht worden, und er nimmt diese Unwahrheit als Grundlage für ein wüstes Toben gegen den Schiedsspruch. Dabei konnte bei den Verhandlungen festgestellt werden, daß die tatsächlichen Löhne in vielen Fällen nicht unerheblich über den Tariflöhnen lagen; bei dem Gros der Arbeiter bis zu 10 Prozent. Wenn einzelne Unternehmer die Löhne noch unter den Stand herabgedrückt haben sollten, den der Arbeitgeberverband empfohlen hat, dann würde es der Organisation der Unternehmer wohl anstehen, wenn sie diese Schädlinge des Gewerbes energisch zur Ordnung rufen würde. Aber durch ihr Geschrei beweisen die Scharfmacher nur, daß ihnen die Ordnung im Gewerbe gleichgültig ist. Ihnen ist es nur um die Niederhaltung der Arbeiter und den Druck auf die Löhne zu tun.

## Kündigung der Tarifverträge

Die nunmehr vorliegende Übersicht bestätigt, daß im Holzgewerbe alle kündbaren Tarifverträge gekündigt wurden. Nicht gekündigt sind die Mantelverträge in den Bezirken Ostpreußen, Lippe und Sachsen, die bis zum Frühjahr 1933 laufen. Von den Lohnabkommen gilt das für das Rheingebiet bis zum 30. Mai 1932 und die für Lippe und für Sachsen gelten bis zum 30. Juni 1932. Diese Abkommen waren also jetzt nicht kündbar. Eine Anzahl Tarifverträge laufen zum 30. April ab, ohne daß es einer Kündigung bedürfte. Stellt man die den einzelnen Tarifverträgen unterstehenden Arbeiter nach dem Stande vom Schluß des Jahres 1931 ein, dann ergibt sich für den Ablauf der Tarifverträge am 30. April 1932 das folgende Bild:

	Mantelverträge		Lohn-tarife	
	Zahl	für Beschäftigte	Zahl	für Beschäftigte
Ablauf ohne Kündig.	14	6898	50	16460
Gekündigt wurden	47	47135	57	59540
Am 30. April laufen ab	61	54033	107	76000

Die Vertragskündigungen in der Säge-werksindustrie sind weniger zahlreich. In einer Reihe größerer Gebiete sind die Mantelverträge bis zum Herbst 1932 oder Frühjahr 1933 abgeschlossen. Zum

30. April sind die Lohn-tarife gekündigt in den Bezirken Anhalt, in den bayerischen Bezirken, in Brandenburg, Ostpreußen, Freistaat Sachsen, Harzgebiet und Mittelschlesien. In diesen Gebieten kommen zusammen etwa 7000 Beschäftigte in Betracht.

In den sonstigen Branchen sind zum Ablauf am 30. April gekündigt 18 Mantelverträge für 9500 Beschäftigte und 19 Lohn-tarife für 10700 Beschäftigte. Neben Tarifverträgen für die Bürsten- und Pinselindustrie und die Bleistiftindustrie kommen hier meist solche in gemischten Betrieben in Betracht, an denen auch andere Berufszweige beteiligt sind. Außerdem auch einige örtliche Verträge für kleinere Gruppen der Holzindustrie.

Die gekündigten Mantelverträge enthalten vielfach Bestimmungen über die Aufnahme von Verhandlungen in einer bestimmten Frist nach erfolgter Kündigung. Über die Einleitung solcher Verhandlungen liegen Nachrichten noch nicht vor. In der Regel haben es auch die Unternehmer unterlassen, bei der Kündigung die Forderungen zu nennen, die sie für die Erneuerung der Verträge erheben.

Soweit das eigentliche Holzgewerbe in Betracht kommt, beabsichtigen die Unternehmer anscheinend, eine einheitliche Politik zu betreiben. Auf der Jahresgeneralversammlung des Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes, die auf den 15. April einberufen ist, steht „Die Tariflage und die zukünftige Tarifpolitik im Holzgewerbe“ als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung. Die Tarifpolitik im Holzgewerbe wird allerdings nicht allein von den dort zu fassenden Beschlüssen abhängen, doch läßt sich im Augenblick über die Entwicklung der Dinge kaum etwas voraussagen.

## Schiedsspruch für Baden

Seit September vorigen Jahres schweben Verhandlungen über den Abschluß von Mantelvertrag und Lohnvereinbarung für das Holzgewerbe in Baden. Zweimal waren Schiedssprüche gefällt, und beidemal hat ihnen das Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeit versagt. Nun war ein drittes Verfahren aufgezo-gen, wozu der Reichsarbeitsminister den Regierungsrat Dobberstein als Sonderschlichter bestellt hat. Die Verhandlungen wurden am 6. und 7. April in Karlsruhe geführt. Auf Unternehmenseite nahmen der Verband badischer Holzindustrieller, der Landesverband der Schreinermeister und der Landesverband der Glasermeister an den Verhandlungen teil. Der gefällte Schiedsspruch lehnt sich bezüglich des Mantelvertrages an den Schiedsspruch vom 19. September an, bringt aber eine Änderung der Lohnschlüssel. Der Berufsgruppenschlüssel bestimmt für Facharbeiter 100, Hilfsarbeiter 82, Tagelöhner, Späne-träger usw. 77, Facharbeiterinnen 65 und Hilfsarbeiterinnen 55 Prozent. Der Altersklassenschlüssel geht von dem Lohn für über 22 Jahre alte Arbeiter mit 100 Prozent aus und bestimmt für Arbeiter von 20 bis 22 Jahren 90, 19 bis 20 Jahren 70, 18 bis 19 Jahren 65 und 16 bis 18 Jahren 55 Pf. Die Spitzenlöhne betragen in den 5 Ortsklassen 95, 90, 86, 81 und 76 Pf. Diese Löhne sollen bis zum 30. Juni 1932, der Mantelvertrag bis zum 28. Februar 1933 gelten.

## Allgemeinverbindlich

Das am 22. Dezember 1931 mit dem Rheinisch-Westfälisch-Lippeschen Tischlerinnungsverband abgeschlossene Lohnabkommen für den Bezirk Rheinland-Westfalen ist durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums mit Wirkung ab 1. März für allgemeinverbindlich erklärt worden.

Auch der Bezirksarifvertrag für Schle-swig-Holstein sowie das dazugehörige Lohnabkommen sind mit Wirkung ab 1. März für allgemeinverbindlich erklärt.

Mit diesem Anzeiger Nummer 16. 1932. 1932. 1932.

Tariflöhne für das Holzgewerbe in Sachsen.

	Nach den Anweisungen des Arbeitgeberverbandes					Nach dem Schiedsspruch vom 11. März 1932					
	Ortsklasse					Ortsklasse					
	Ia	I	II	III	IV	Ia	I	II	III	IV	
<b>Facharbeiter</b>											
über 22 Jahre	95	95	86	83	79	97	95	86	82	79	
von 20—22 Jahren	86	86	78	75	71	87	86	77	74	71	
19—20	67	67	60	58	55	68	67	60	57	55	
18—19	67	67	60	58	55	63	62	56	53	51	
16—18	52	52	48	46	43	53	52	47	45	43	
<b>Angelernte Arbeiter</b>											
über 22 Jahre	89	89	81	78	74	87	86	77	74	71	
von 20—22 Jahren	80	80	73	70	67	78	77	69	67	64	
19—20	62	62	57	54	52	61	60	54	52	50	
18—19	62	62	57	54	52	57	56	50	48	46	
16—18	49	49	44	43	41	48	47	42	41	39	
<b>Hilfsarbeiter</b>											
über 22 Jahre	81	81	73	70	67	78	76	69	66	63	
von 20—22 Jahren	73	73	66	64	60	70	68	62	59	57	
19—20	57	57	52	50	47	55	53	48	46	44	
18—19	57	57	52	50	47	51	49	45	43	41	
16—18	45	45	40	39	37	43	42	38	36	35	
<b>Angel Arbeiterinnen</b>											
über 22 Jahre	62	62	56	54	51	58	57	52	49	47	
von 20—22 Jahren	56	56	51	49	46	52	51	47	44	42	
19—20	43	43	39	38	36	41	40	36	34	33	
18—19	43	43	39	38	36	37	36	34	32	31	
16—18	34	34	31	30	28	32	31	29	27	26	
<b>Hilfsarbeiterinnen</b>											
über 22 Jahre	52	52	48	46	43	53	52	47	45	43	
von 20—22 Jahren	47	47	43	41	39	48	47	42	41	39	
19—20	37	37	33	31	30	37	36	33	32	30	
18—19	37	37	33	31	30	34	34	31	29	28	
16—18	29	29	26	25	24	29	29	26	25	24	



# Holzindustrie



## Belebung des Holzmarktes?

Aus einigen Bezirken wird über eine regere Nachfrage nach Rund- und Schnittholz berichtet. Sie ist freilich nicht so groß, daß von einem flotten Geschäft gesprochen werden könnte. Nein, so weit sind wir leider noch nicht. In einer Zeit wie der heutigen ist aber schon die kleinste Absatzbelebung eine große Sache. Die Frage ist nur die, ob sie anhalten wird oder eine vorübergehende Erscheinung ist. Wir sind der Meinung, daß die jetzt wahrnehmbare Belebung des Holzmarktes der Anfang einer ständigen, wenn auch sehr langsamen Aufwärtsentwicklung sein wird. Diese Aufwärtsentwicklung wird aber nicht nur ein kaum merkbares Tempo haben, sie wird den Holzabsatz auch so bald nicht wieder auf die Höhe bringen, die notwendig ist, um alle Sägewerke voll beschäftigen zu können. Für einen solchen Aufschwung fehlen vorerst noch alle Voraussetzungen. Das wird erst dann möglich sein, wenn die Bauwirtschaft wieder in Gang gebracht worden ist. Damit ist einstweilen jedoch nicht zu rechnen.

Eine Unternehmerrzeitung weist mit Recht darauf hin, daß die zarten Sprossen der Wirtschaftsbelebung bei Weiterführung der heute üblichen politischen Kämpfe bald wieder vernichtet sein werden. Die Wirtschaft braucht innen- und außenpolitische Ruhe. Und sie braucht verantwortungsvolle Parteien in und hinter der Reichsregierung. Wie teuer das deutsche Volk den Wahlausgang vom 14. September 1930 hat bezahlen müssen, ist hoffentlich noch in aller Erinnerung. Ein Sieg des vom Größenwahn befallenen Hitler bei der Reichspräsidentenwahl hätte die Wirtschaft noch tiefer in das Elend gestürzt. Diese Gefahr ist nun glücklich vorüber. Jetzt gilt es, die Nazis auch bei den Landtagswahlen zu schlagen. Je kräftiger dies geschieht, um so größer ist die Hoffnung auf eine baldige Wirtschaftsgesundung.

Von einer Belebung des Holzmarktes wäre heute bestimmt noch nichts zu merken, wenn Hitler zum Reichspräsidenten gewählt worden wäre. Seine Niederlage ist der Anfang der so dringend notwendigen Beruhigung unseres öffentlichen Lebens. Schon nach dem ersten Wahlgang schrieb das „Holz-Zentralblatt“: „Das Ergebnis hat sich auf dem Holzmarkt insofern günstig ausgewirkt, als eine gewisse Beruhigung eingetreten ist.“ Inzwischen sind die Holzverbraucher auch käuflicher geworden. Dazu trägt die Tatsache bei, daß die Lager der Holzhändler und der Holzverarbeitenden Betriebe ziemlich aufgezehrt sind, so daß neues Material eingekauft werden muß. Vor einiger Zeit wurde dies von einer Unternehmerrzeitung noch entschieden bestritten, indem sie schrieb, alle Holzlager sind noch überreichlich voll. Am 31. März schrieb das gleiche Blatt: „Im übrigen sind überall die Lager und Vorräte auf Händler- und Verbraucherseite so klein, daß eine allgemeine und durchgehende Belebung des Nachfragestandes sofort eilige und umfangreiche Deckungen nötig machen würde.“

Die Aussichten des Holzmarktes werden im Unternehmerrlager nicht einheitlich beurteilt. „Im ganzen überwiegt aber doch der Eindruck von einer langsam fortgeschrittenen, wenn auch noch nicht bedeutenden Besserung.“ Sowohl vom Baumarkt her als auch von den Holzverarbeitenden Industrien meldet sich ein größerer Holzbedarf an.

Die Belebung des Holzmarktes kommt auch in der Preisentwicklung zum Ausdruck. „Was die Preise betrifft“, schreibt das „Holz-Zentralblatt“, „so scheinen sich diese jetzt vorläufig entschieden stabilisiert zu haben.“ Dieser Satz bezieht sich auf die Rundholzpreise. Während diese in den letzten Monaten ständig sanken, sind sie im März mindestens so hoch geblieben, wie sie im Februar waren. Wahrscheinlich haben sie sogar eine kleine

Erhöhung erfahren. Da die Märzpreise noch nicht einwandfrei bekannt sind, haben wir in der folgenden Preistabelle für Rundholz für März die gleichen Zahlen eingesetzt wie für den Monat Februar.

### Rundholzpreise in einigen Ländern.

Jahr und Monat	Monatliche Durchschnittspreise Je Festmeter 3. Klasse in Mk.			
	Preußen Kiefer	Bayern Kiefer	Württemberg Pichte und Tanne	Baden Kiefer
1913	21,60	22,50	23,20	22,50
1924 März	35,30	33,20	39,20	33,40
Oktober	24,50	24,10	27,50	25,10
1925 März	32,40	25,80	32,40	31,—
Oktober	29,10	26,40	31,80	30,10
1926 März	24,40	25,60	27,40	26,70
Oktober	23,80	23,70	26,25	25,80
1927 März	32,80	27,40	32,50	31,70
Oktober	34,80	32,—	37,50	33,40
1928 März	31,10	32,50	33,70	36,80
Oktober	33,—	30,70	31,80	27,70
1929 März	28,30	28,90	32,—	29,10
Oktober	29,50	26,40	28,20	27,90
1930 März	23,90	25,90	27,60	24,80
Oktober	17,40	17,10	26,10	21,10
1931 März	16,10	13,90	19,80	18,80
Oktober	15,70	10,90	11,10	12,20
1932 Januar	15,20	11,30	14,10	12,—
Februar	13,90	11,20	14,20	12,—
März	13,90	11,20	14,20	12,—

Aus der Zusammenstellung geht hervor, daß die Rundholzpreise in den letzten Jahren kräftig abgebaut worden sind. Sie liegen heute weit unter dem Vorkriegsstand. Auf die Dauer ist das nicht möglich. Sobald die Wirtschaftslage sich bessert, werden die Rundholzpreise merklich anziehen. Dagegen läßt sich nichts machen, nur darauf muß geachtet werden, daß sie die unnatürliche Höhe wie in den Jahren 1927 und 1928 nicht wieder erreichen.

Die Schnittholzpreise sind nicht so stark gesunken wie die Rundholzpreise. Das geht aus unserer Preistabelle für Schnittholz hervor. Es muß aber

### Großhandelspreise für Schnittholz.

Jahr und Monat	Ungefährer Preis für die Monatsmitte Je Kubikmeter in Mk.					
	Berlin und Ostpreußen			Süd-deutschland		
	Mittelblock	Stammware	Ast-reine Seiten	Unsortierte Bretter	Gute Bretter	Reine und halbreine
1913	55	83	83	40	60	68
1924 März	85	120	118	60	90	108
Oktober	83	115	115	48	78	99
1925 März	75	118	120	52	84	104
Oktober	85	125	115	53	83	110
1926 März	85	125	115	53	80	115
Oktober	88	123	113	55	85	110
1927 März	76	123	125	55	97	118
Oktober	83	130	130	60	100	118
1928 März	88	133	130	61	106	123
Oktober	90	125	120	51	100	107
1929 März	80	125	125	56	98	118
Oktober	90	115	115	58	100	116
1930 März	80	112	115	49	86	98
Oktober	75	105	108	46	84	96
1931 März	75	95	100	33	78	96
Oktober	70	90	96	28	72	93
1932 Januar	71	87	89	28	73	80
Februar	70	84	85	30	70	78
März	68	83	85	30	68	78

betont werden, daß es sich hier um keine statistisch genau errechneten Preise handelt. Unsere Preise sind den Holzmarktberichten verschiedener Unternehmerrzeitungen entnommen. Sind diese zuverlässig, dann ist es unsere Preistabelle auch. Im großen und ganzen gibt sie den jeweiligen Preisstand auch richtig wieder. Unsere Tabelle weist nur ein Schnittholzsortiment auf, das heute weniger kostet als in der Vorkriegszeit, das sind unsortierte Bretter. Kiefernstammware kostete Mitte März ebensoviel wie 1913. Alle übrigen Schnittholzpreise liegen etwas über dem Vorkriegsstand.

Hält die sich jetzt bemerkbar machende größere Nachfrage an, dann werden auch die Schnittholzpreise bald steigen. Vielleicht sogar mehr, als es, vom Standpunkte der Holzverarbeitenden Industrien aus gesehen, wünschenswert ist.

## Nazi-Blödsinn

Im Preußischen Landtag hat kürzlich der Naziabgeordnete Kube folgende „Kleine Anfrage“ gestellt:

„Durch eine der letzten Notverordnungen der Reichsregierung des Herrn Dr. Brüning, der auch die preußische Staatsregierung zugestimmt hat, ist ein allgemeiner Preisabbau, besonders bei Handwerkern und Gewerbetreibenden, empfohlen worden. Im Gegensatz hierzu denkt die preußische Forstverwaltung gar nicht daran, bei ihren Produkten im Preise herabzugehen. Selbstverständlich kürzt sie in der von der Reichsregierung vorgesehenen Form die Gehälter der Beamten und die Löhne der Arbeiter. Die Holzpreise dagegen wurden bis Mitte Dezember nicht herabgesetzt. Ich frage das Staatsministerium: Ist es bereit, auch das aus den staatlichen Forsten zur Versteigerung kommende Holz im Interesse der Bevölkerung im Preise herabzusetzen?“

Diese Anfrage ist kennzeichnend für die Dummheit und Skrupellosigkeit nationalsozialistischer Politiker. Selbst der „Holzmarkt“, dessen Herausgeber den Nazis zwar nicht rassen-, aber gesinnungsmäßig nahesteht, schreibt ganz entrüstet: „Was soll man zu solcher Fragerlei sagen? Sind die Landtagsabgeordneten dazu da, derart törichtes Zeug zu fragen? Und in welcher Form dies geschieht, frei von jeglicher Sachkenntnis, anscheinend nur mit dem Wunsch, sich bemerkbar zu machen.“

Sehr richtig, die Anfrage des Kube verriät auch nicht die kleinste Spur von Sachkenntnis in Holzfragen. Wie es um die Rundholzpreise steht, ersehen unsere Leser aus der weiter oben veröffentlichten Preistabelle. Die Anfrage ist diktiert von dem Bestreben, der republikanischen Regierung Preußens eins auszuwischen. Und dieser Gesellschaft laufen leider auch Arbeiter nach!

## 720 000 Raummeter Holz für Arbeitslose

Die Preußische Staatsforstverwaltung war in den letzten Jahren bestrebt, die Arbeitslosen mit billigem Brennholz zu versorgen. Den Arbeitslosen wurde Gelegenheit gegeben, sich Brennholz selbst einzuschlagen, und zwar gegen Zahlung von 30 bis 50 Pf. je Raummeter. Auf diese Weise erhielten die Arbeitslosen in der Zeit vom 1. April 1931 bis Ende Januar 1932 rund 720 000 Raummeter billiges Brennholz. Ferner wurde das bei den Durchforstungen in jüngeren Beständen eingeschlagene Holz den beschäftigten Arbeitslosen kostenlos überlassen.

Diese Maßnahmen der Preußischen Staatsforstverwaltung sind zu begrüßen. Bisher hat freilich erst ein kleiner Teil der Arbeitslosen davon einen Nutzen gehabt. In den Staatsforsten liegt und steht aber noch so viel Brennholz umher, daß noch viele zehntausende Arbeitslose mit seinem Einschlag beschäftigt werden können.

## Eine Vereinbarung mit Polen

Zwischen Deutschland und Polen herrscht seit Jahren ein Zollkrieg. Beide Länder arbeiten mit Einfuhrverboten und Zollerhöhungen gegeneinander. Um eine weitere Verschärfung der Lage zu verhindern, ist jetzt eine Vereinbarung zustande gekommen, die beide Regierungen verpflichtet, alle nach dem 31. Dezember 1931 angeordneten Kampfmaßnahmen rückgängig zu machen. Auf polnischer Seite handelt es sich um die Aufhebung von Einfuhrverboten für Böttcher- und Stellmachererzeugnisse. Für deutsche Möbel und andere Holzwaren besteht in Polen schon seit vielen Jahren ein Einfuhrverbot, so daß die polnische Grenze für diese Erzeugnisse völlig gesperrt war. Jetzt ist vereinbart worden, daß Möbel und andere

Holzwaren im Betrage bis zu etwa 80 Millionen Zloty eingeführt werden dürfen.

Deutschland hebt die Einfuhrverbote für Holz und Holzwaren polnischen Ursprungs mit Wirkung vom 1. April auf. Dafür kommen für die bisher einfuhrverbotenen Waren (Schnittholz, Sperrholz, Möbel, Fässer und andere Erzeugnisse) die Zollsätze des neuen Obertarifs in Anwendung. Diese Zollsätze sind so hoch, daß sie, wie eine Unternehmerrzeitung schreibt, „im allgemeinen prohibitiv wirken dürften“. Das heißt, praktisch bleibt es beim Einfuhrverbot. Alle anderen polnischen Holzherzeugnisse können zu den üblichen Zollsätzen in beliebiger Menge eingeführt werden.

## Gegen die Waldbesitzerforderungen

Die Unternehmerrverbände der erzgebirgischen Kisten-, Holz- und Spielwarenindustrie wenden sich in einer Denkschrift gegen die von den Waldbesitzern geforderten Holzeinfuhrbeschränkungen. Es wird darin nachgewiesen, daß die erzgebirgische Holzindustrie auf die Einfuhr tschechoslowakischen Rundholzes nicht verzichten kann. Die Holzindustrie des sächsischen Erzgebirges ist rohstofforientiert. Sie konnte sich zu der beachtlichen Höhe nur entwickeln, weil sie ihren Rohstoff zum allergrößten Teil aus den nahen böhmischen Forsten beziehen konnte. Das tschechoslowakische Holz ist franko Grenze teurer als in Bayern, Schlesien, Thüringen oder im Harz. Aber die Frachtkosten von der Grenze bis in die erzgebirgischen Verarbeitungsstätten sind wesentlich niedriger als beim Bezug von deutschem Holz. Würde die erzgebirgische Holzindustrie gezwungen, deutsches Holz zu verarbeiten, so wäre sie sowohl im Inlande als auch im Auslande konkurrenzunfähig.

Von allgemeinem Interesse ist die Feststellung der Unternehmerrverbände, daß ein Großbetrieb der Kistenindustrie sich bemüht hat, aus den Gebieten, in denen nach den Behauptungen der Waldbesitzer einige Millionen Festmeter Holz verfaulen, einen größeren Posten Fichtenrundholz zu kaufen. Das war jedoch nicht möglich, weil die Waldbesitzerverbände der Firma solches Holz zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen nicht nachweisen konnten. Auch andere in dieser Richtung unternommene Versuche hatten keinen Erfolg. Aus diesen Tatsachen zieht die Denkschrift der Unternehmerrverbände den Schluß, daß die Einfuhr des tschechoslowakischen Rundholzes die deutsche Forstwirtschaft nicht schädigen könne, denn sie sei ja nicht in der Lage, den vorhandenen deutschen Bedarf zu befriedigen. Die Angaben der Waldbesitzer in ihrer Denkschrift über die Notlage der deutschen Forstwirtschaft hätten „keinen sachlichen, sondern nur einen agitatorischen Wert“. Das ist ein hartes, aber gerechtes Urteil.

Zu der Behauptung der Waldbesitzerverbände, die von ihnen geforderte Zollerhöhung sei so mäßig, daß die Holzverbraucher sie kaum verspüren würden, wird in der Denkschrift der Holzindustriellen folgendes ausgeführt: Die Rundholzzollerhöhung soll je Doppelzentner „nur“ 23 Pf. betragen. Für einen erzgebirgischen Kistenbetrieb würde sich daraus folgende gewaltige Belastung ergeben: Angenommen, das Werk verarbeitet jährlich 20 000 Festmeter Rundholz. Rechnet man 1 Festmeter gleich 600 Kilogramm, so sind die 20 000 Festmeter gleich 120 000 Doppelzentner. Wird der Einfuhrzoll je Doppelzentner um 23 Pf. erhöht, so bedeutet das für die Firma einen Mehrzoll von 27 600 Mk. im Jahre. Das entspricht einer Vertenerung des Rundholzes um 4 Prozent. Dieses Beispiel zeigt, wie stark das Holz durch eine scheinbar kleine Zollerhöhung verteuert wird.



# Aus der Internationale



## Internationale Union der Holzarbeiter

### Sitzung des Exekutivkomitees

Die letzte ordentliche Sitzung des Exekutivkomitees der Internationalen Union fand im Dezember 1931 in London statt. Mit Ausnahme des Kollegen Hutcheson (Indianapolis) waren sämtliche Mitglieder anwesend, und zwar Hauwaert (Brüssel), Lammers (Amsterdam), Petersen (Kopenhagen), Wolstencroft (Manchester) und der internationale Sekretär Tarnow (Berlin).

Der Sekretär streifte einleitend die wirtschaftlichen und finanziellen Ursachen der Notlage, in der sich heute die Welt befindet und zu deren Überwindung internationale Maßnahmen unerlässlich sind. Er forderte die Mitglieder des Exekutivkomitees auf, sich jeder im eigenen nationalen Rahmen für die Unterstützung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund und dem Internationalen Arbeitsamt angeregten Lösungen einzusetzen.

Der Sekretär erstattete sodann eine mündliche Erläuterung und Ergänzung zu dem gedruckt vorliegenden Tätigkeitsbericht über das Jahr 1930, wobei er die bedauerliche Tatsache hervorheben mußte, daß die Mitgliederzahl der IUH infolge des stärkeren Rückganges in Deutschland und Amerika um 40 000 abgenommen hat und noch immer im Abnehmen begriffen sein dürfte. Um so erfreulicher ist der Mitte 1931 erfolgte Anschluß des neu gebildeten Finnischen Holzarbeiter-Verbandes und der Holzarbeiter-Sektion des Jüdischen Gewerkschaftsbundes in Palästina.

Das Exekutivkomitee beriet sodann im einzelnen die organisatorische Lage in einer Reihe von Ländern, insbesondere auf dem Balkan, in Ungarn, Polen, der Tschechoslowakei und Frankreich, und faßte die entsprechenden Beschlüsse. Die Anerkennung der am 1. Januar 1932 endgültig zustande gekommenen Einheitsorganisation des früheren Prager Verbandes und des ehemaligen kommunistischen Verbandes wurde genehmigt.

Angesichts der immer wieder einlaufenden Anträge auf finanzielle Unterstützung durch die IUH mußte mit Bedauern festgestellt werden, daß einerseits die Mittel der IUH selbst zu beschränkt sind, um eine einigermaßen durchgreifende Hilfe zu ermöglichen, andererseits die schlechten Verhältnisse in fast allen Ländern internationale Sammlungen zur Zeit als aussichtslos erscheinen lassen. In diesem Zusammenhang bestätigte das Exekutivkomitee seine bereits in der vorigen Sitzung ausgesprochene Ansicht, daß der nächste internationale Kongreß eine Beitragserhöhung beschließen soll, die die IUH auch instand setzt, von sich aus gewisse Mittel für die Unterstützung angeschlossener Verbände bereitzustellen.

Vor einer Beteiligung der IUH an der gewerkschaftlichen Studienreise, die der IGB Ende 1932 nach dem Fernen Osten durchführen will, soll Abstand genommen werden.

Auf Grund der einmütig zustimmenden Antworten, die von Seiten einer großen Anzahl angeschlossener Verbände eingegangen sind, wurde endgültig beschlossen, den nächsten internationalen Kongreß erst im Jahre 1933 (statt 1932) zu veranstalten.

Eine längere Aussprache entfaltete sich schließlich des vom Heidelberger Kongreß (Juli 1929) erhaltenen Antrages, den verschiedenen Seiten bearbeiteten § 27 des Statuts, in dem die gegenseitige Unterstützung internationaler Mitglieder geregelt ist, den veränderten Verhältnissen entsprechend zu revidieren. Es wurde schließlich beschlossen, die Verpflichtung zur Einleitung einer Reiseunterstützung an ausländische Kollegen aufzuheben und in bezug auf die Bestimmung, betreffend freien Übertritt mit vollen Rechten, Ausnahmen (namentlich für Großbritannien und Amerika) zuzulassen.

Nach einer kurzen Aussprache über das Problem der russischen Konkurrenz im internationalen Holz- und Holzwarenhandel wurde die Sitzung geschlossen.

### Anschluß der französischen Böttcher

Im Verfolg einer grundsätzlichen Entscheidung ihres im September 1931 in Paris abgehaltenen Verbanstages ist die Organisation der französischen Böttcher am 1. Januar 1932 der IUH beigetreten. Der Verband, dessen vollständiger Name „Fédération Nationale des Travailleurs du Tonneau, Parties Similaires et Assimilés“ lautet, zählt rund 1000 Mitglieder und hat seinen Sitz in Montpellier, 5, Rue du Carré du Roi.

### Verbandstag des Schweizerischen Bau- und Holzarbeiter-Verbandes

Dem Bericht, den der Sekretär des Verbandes, Kollege Franz Reichmann, im „Bulletin“ erstattet, entnehmen wir, daß auf dem am 19. und 20. Dezember in Luzern abgehaltenen außerordentlichen Verbandstag 33 000 Mitglieder durch 137 Delegierte vertreten waren. Der ausschließliche Zweck der Tagung war die dringend notwendig gewordene Neugestaltung der Verwaltung und des gesamten Beitrags- und Unterstützungswesens.

Bereits vom Verbandstag in Interlaken 1928 war der Zentralvorstand beauftragt worden, die Frage eines Ausbaues der Lokalsekretariate zu prüfen. Dabei zeigte es sich aber bald, daß ein solcher Ausbau eine Neuregelung des gesamten Beitragswesens bedingen würde und diese wiederum nur in Verbindung mit einer allgemeinen Reform des Unterstützungswesens möglich wäre.

Durch ein Bundesgesetz vom Jahre 1924 werden auch den gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen staatliche Zuschüsse gewährt, die jedoch vom Verband nicht voll ausgenutzt wurden. Das Gesetz gestattet, daß die von staatlich anerkannten Arbeitslosenkassen ausgezahlten Unterstützungen für Ledige bis zu 50 Prozent und für Verheiratete bis zu 60 Prozent des normalen Verdienstes betragen dürfen. Bisher hat die Verbandsarbeitslosenkasse so hohe Unterstützungen bei weitem nicht gewähren können, denn dazu waren die Beiträge viel zu niedrig. Infolgedessen zogen die öffentlichen Arbeitslosenkassen, die von den Gemeinden unterhalten werden, mit ihren höheren Unterstützungen viele Arbeiter an. Besonders in den letzten zwei Jahren haben verschiedene Kantone (Einzelstaaten) die Zwangsversicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt und bestimmt, daß auch die kommunalen und kantonalen Zuschüsse nach der Höhe der Prämie und Leistung der Kasse zu bemessen sind. In dem Industriegebiet Zürich z. B. machen die Subventionen von Stadt, Kanton und Bund insgesamt 95 Prozent der ausgezahlten Unterstützungen aus.

Der vom Verbandstag angenommene Beschluß regelt in erster Linie die Beitragsleistung. Die Höhe des Wochenbeitrages richtet sich nach dem Stundenverdienst. Die Zahl der Beitragsklassen ist von drei auf sieben erhöht, in denen Wochenbeiträge von 0,70 bis 2,50 Fr. erhoben werden. Ein Arbeiter in der 6. Klasse, das heißt mit einem Stundenlohn von 1,71 bis 1,90 Fr., zahlt einen Verbandsbeitrag von 1,10 Fr., einen Arbeitslosenbeitrag von 0,90 Fr. und einen Lokalbeitrag von 0,40 Fr., also insgesamt 2,40 Fr. Zu den Beiträgen kommt für alle Mitglieder, die der fakultativen Krankenkasse angehören (Tagessatz 4 Fr.), ein Wochenbeitrag von 0,60 Fr.

Die Unterstützungen aus der jetzt obligatorischen Arbeitslosenkasse wurden, den gesetzlichen Möglichkeiten entsprechend, auf 50 bzw. 60 Prozent des Normalverdienstes erhöht. Die Höchstbeträge schwanken für Mitglieder ohne Unterstützungspflicht zwischen 2,50 und 8 Fr.; für Mitglieder mit

Unterstützungspflicht zwischen 3,36 und 9,60 Fr. pro Tag. Mitglieder, die von ausländischen Verbänden, mit denen Verträge bestehen, übergetreten sind, bekommen aus der Verbandskasse bei nachgewiesener Arbeitslosigkeit und nach 52wöchiger Beitragsleistung 2 bis 5 Fr. pro Tag. Die Unterstützungsdauer beträgt im allgemeinen nach 26wöchiger Mitgliedschaft 50 und nach 156wöchiger Mitgliedschaft 60 Tage. In Orten, wo höhere Zuschüsse gewährt werden, kann die Unterstützungsdauer bis auf 70 bzw. 90 Tage verlängert werden.

Das Verbandsstatut wurde weiter dahin geändert, daß ein Verwaltungsbezirk mit eigenem Sekretariat errichtet werden kann, wo 700 Mitglieder vorhanden sind. Solcher Bezirke gibt es zur Zeit sieben, nämlich Zürich, Bern, Basel, Biel, Berner Oberland, Genf und Lausanne. Verwaltungsbezirke mit mindestens 700 Mitgliedern haben Anrecht auf einen, solche mit mindestens 1500 Mitgliedern Anrecht auf zwei Angestellte; für jedes Tausend darüber ist ein weiterer Angestellter zulässig. Die leitenden Bezirksbeamten werden künftig aus der Zentralkasse besoldet. Die Wahl und die Entlassung der Angestellten bedürfen der Zustimmung des Zentralvorstandes.

### Verbandstag der ungarischen Holzarbeiter

Auf dem Verbandstage, der am 26. und 27. Dezember in Budapest abgehalten wurde, waren 55 Ortsgruppen mit insgesamt 4898 Mitgliedern durch 110 Delegierte vertreten.

Auch die ungarischen Kollegen leiden schwer unter der Wirtschaftskrise; 72 Prozent der Verbandsmitglieder sind arbeitslos. Der Verband war gezwungen, vom 1. Juli 1931 an die Arbeitslosenunterstützung um ein Drittel und die Invalidenunterstützung um die Hälfte zu kürzen. Auch mußte ein Teil der Angestellten des Verbandes abgebaut werden, und das Verbandsorgan, das früher vierzehntätig erschien, kam nur noch monatlich erscheinen.

Die Agitations- und Bildungsarbeit leidet unter dem behördlichen Terror. Alle Versammlungen stehen unter polizeilicher Aufsicht, viele werden überhaupt nicht bewilligt. In den Versammlungen darf nur das gesprochen werden, was die Polizei genehmigt. Von Politik und von der allgemeinen Wirtschaftslage darf überhaupt nicht die Rede sein. Öfters werden Zusammenkünfte abgehalten, ohne diese bei der Polizei anzumelden, doch ist dieser „illegale“ Weg mit größten persönlichen Opfern für die führenden Kollegen verbunden. Trotzdem wurden zahlreiche Flugchriften herausgegeben und verbreitet. Der Verbandstag beschäftigte sich unter anderem mit der Lehrlingsfrage, der Sträflingsarbeit, der Arbeitsvermittlung und dem Rechtsschutz.

### Verband der Holzarbeiter in der Tschechoslowakei

In den Tagen vom 26. bis 28. März hielt der deutschsprachige Verband der Holzarbeiter, Drechler und verwandter Berufe in der Tschechoslowakei seinen Verbandstag in Reichenberg ab. Für fortschreitende Besserung des Verhältnisses zu der Organisation der Kollegen tschechischer Zunge spricht der Umstand, daß diese Organisation mit dem Sitz in Prag durch zwei Delegierte vertreten war.

Seit dem letzten Verbandstag im Jahre 1927 ist die Mitgliederzahl um ein Drittel gestiegen; der Verband zählt jetzt über 5200 Mitglieder. Die Kollegen leiden schwer unter der Arbeitslosigkeit. In den Jahren 1928 bis 1931 wurden einschließlich des Staatsbeitrages 5,8 Millionen Kronen an Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Infolge der Erschwerung der Ausfuhr sind auch in der Holzindustrie große Betriebe zum Erliegen gekommen.

Der Höhepunkt des Verbandstages war das Referat des Sekretärs der Internationalen Union, Kollegen Tarnow. Sein Ver-

trag über das Thema „Von der Wirtschafts-anarchie zur Planwirtschaft“ soll als Sonderdruck allen Mitgliedern zur Kenntnis gebracht werden. Bemerkenswert ist die einstimmig und unter Beifall erfolgte Annahme eines Antrages, der dem Minister für soziale Fürsorge, Dr. Czech, für sein Wirken in der Frage der Arbeitslosenfürsorge und der Sozialpolitik Dank und Anerkennung zollt.

### Krisenkongreß der belgischen Gewerkschaften

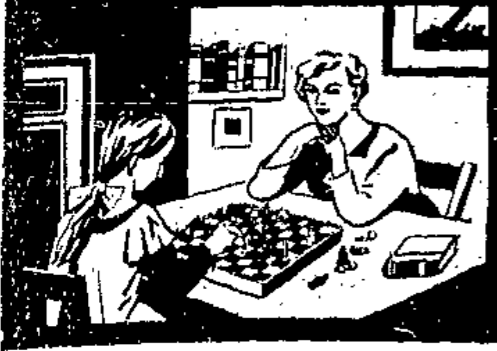
Auf einem Ende Januar abgehaltenen außerordentlichen Kongreß nahm der belgische Gewerkschaftsbund Stellung zu den durch die Wirtschaftskrise aufgeworfenen Problemen. Grundsätzlich verlangte der Kongreß die Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung im Sinne einer Bedarfswirtschaft. Als sofort zu verwirklichende Forderungen wurden aufgestellt: Gewährung eines für eine anständige Lebensführung ausreichenden Lohnes, Einführung der 40-Stunden-Woche, Kampf gegen die Überstunden, Umbau und Ausbau der Gewerbeinspektion, Einleitung öffentlicher Arbeiten, die durch eine freiwillige Anleihe, erforderlichenfalls durch Zwangsanleihen, zu finanzieren sind, Wiedereinführung der Übergewinnsteuer, Erhöhung der progressiven Einkommensteuer und die Verstaatlichung aller für den öffentlichen Bedarf wichtigen finanziellen und industriellen Betriebe.

Weitere Forderungen beziehen sich auf die Beseitigung der Zollschranken und Wiederherstellung der Handelsfreiheit. Die belgischen Gewerkschaften fordern die Streichung der Kriegsschulden mit Ausnahme der für die Reparationen bestimmten Summen und die sofortige allgemeine Abrüstung. Unter den sozialpolitischen Forderungen sind die wichtigsten die nach allgemeiner Einführung von Alterspensionen für Arbeiter über 60 Jahre, in gesundheitsgefährlichen Betrieben über 55 Jahre, und der Erlass eines Gesetzes über die obligatorische Arbeitslosenversicherung. Die Kosten sind durch die Arbeiter, die Unternehmer und den Staat aufzubringen, deren Vertretern auch die Verwaltung obliegen soll.

### Die Gewerkschaften in England

Nach den jüngsten amtlichen Veröffentlichungen beträgt die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Großbritannien 4 767 000, von denen 3 744 000 dem freigewerkschaftlichen britischen Gewerkschaftsbund (T.U.C.) angeschlossen sind. Von den rund 1 Million dem T.U.C. nicht angeschlossenen Arbeitern gehören etwa 400 000 den Gewerkschaften der öffentlichen Dienste und Betriebe an, die früher zu einem großen Teil Mitglieder des T.U.C. waren, sich heute jedoch auf Grund des seinerzeit von den Konservativen eingeführten Anti-Gewerkschaftsgesetzes nicht der freien Gewerkschaftsbewegung anschließen dürfen. Weitere rund 300 000 außerhalb des T.U.C. stehenden Gewerkschaftsmitglieder gehören den Gewerkschaften der Lehrer und Bankbeamten an.

Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß in England, wo das Ubel der konfessionellen und sonstigen Splitterorganisationen unbekannt ist, sozusagen die Gesamtheit der organisierten Handarbeiter auf dem Boden der freien Gewerkschaftsbewegung steht. Die Verteilung der Gewerkschaftsmitglieder auf die einzelnen Wirtschaftszweige entspricht der Wirtschaftsstruktur des Landes: 40 Prozent sind in der Industrie tätig (davon 24 Prozent in der Metall- und Textilindustrie), 24 Prozent im Verkehrswesen und als ungelernete Arbeiter und 13 Prozent in Bergbau und in verwandten Berufen. Interessant ist das starke Anwachsen der Zahl der organisierten Frauen, die um 83 Prozent größer ist als im Jahre 1913, während die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im allgemeinen seit dem Jahre 1913 nur um 13 Prozent zugenommen hat.



# Unterhaltung und Wissen



*Winton  
Pinclear*  
**Samuel suchende**  
15. Fortsetzung.  
Copyright by Malik-Verlag AG., Berlin.

Zwölftes Kapitel.

Eine Weile verharrte Samuel wie erstarrt; das Zischen des Regens und das Dröhnen des Donners schienen ein Echo des Sturmes zu sein, der in seiner Seele tobte. Es war, als habe sich vor seinen Füßen ein Abgrund geöffnet, in den alle Träume seiner Seele stürzten. Er stand da, befüßt, entsetzt, starrte auf die Trümmer seines Glaubens nieder.

Dann lief er eilig durch den Salon und auf die Terrasse hinaus. Der Regen peitschte nieder, aber er bot ihm Trotz, hastete zur Haustür. Dort lag das Mädchen auf der Erde; durch das Heulen des Windes vermochte er ihr Schluchzen zu hören. Einen Augenblick zögerte er, heugte sich dann nieder, berührte sie. „Fräulein“, sprach er leise.

Sie fuhr auf. „Wer sind Sie?“  
„Nur einer der Diener, Fräulein.“  
Sie keuchte: „Hat er Sie geschickt?“  
„Nein. Ich kam, um Ihnen zu helfen.“  
„Ich brauche keine Hilfe. Lassen Sie mich.“

„Sie dürfen nicht hier im Regen bleiben“, widersprach Samuel. „Werden sich den Tod holen.“

„Ich will sterben. Wofür soll ich denn leben?“

Samuel wurde verwirrt; als er jedoch ihre nassen Kleider berührte, regte sich in ihm der gesunde Menschenverstand. „Sie dürfen nicht hierbleiben.“



Sie schluchzte: „Er hat mich fortgestoßen. Mein Gott, was soll ich tun?“

Samuel lief ins Haus, holte aus der Halle einen Regenschirm. Dann kehrte er zurück, hob das Mädchen auf. „Bitte.“

„Wohin soll ich gehen?“ fragte sie.

„Ich kenne in der Stadt Leute, die Ihnen helfen werden. Aber Sie dürfen nicht hierbleiben, werden sich erkälten.“

„Was soll ich denn tun?“ jammerte sie. „Was bleibt mir übrig?“ Er hat mich fortgelagt — und ich kann nicht ohne ihn leben.“

Samuel schlang den einen Arm um das Mädchen, hielt mit der anderen Hand den Schirm über sie, führte sie so weiter. „Diese Teufelin wollte ihn mir nehmen“, sprach das Mädchen. „Und Jack Holliday ermordete sie, Gott verdamme seine Seele. Ich werde es ihm heimzahlen!“ Sie brach in wildes Fluchen aus.

„Bitte, seien Sie still“, bat Samuel. „Man könnte Sie hören.“

„Was liegt mir daran? Mögen sie mich ins Gefängnis werfen, dorthin gehöre ich. Ich bin betrunken, bin nichtswürdig — und er hat mich satt.“

So redete sie auf dem ganzen Weg. Als die Brücke erreichten, blieb sie stehen, schaute sich um. „Wohin führen Sie mich?“

„Zu Freunden.“ Samuel wollte das Mädchen zu den Stedmans bringen.

„Nein. Ich will niemand sehen. Bringen Sie mich in ein Hotel.“

„Es gibt in dieser Straße ein Hotel, aber ich weiß nicht, wie es ist.“

„Einerlei.“

Der Regen hatte nachgelassen; das Mädchen blieb stehen, glättete das veraufrte Haar, steckte es fest. Im unteren Teil des Hotels befand sich eine Bar; von hier aus führten Treppen zum Büro. Die beiden betraten den Raum, und der hinter einem Schreibtisch sitzende Mann starrte sie an.

„Ich möchte für diese Dame ein Zimmer“, erklärte Samuel. „Sie wurde vom Regen überrascht.“

„Ist sie Ihre Frau?“

„Guter Gott, nein“, entgegnete Samuel bestürzt.

„Wollen auch Sie ein Zimmer?“

„Nein, nein. Ich gehe wieder fort.“

„So.“ Der Mann nahm einen Schlüssel vom Brett. „Den Namen, bitte.“

Samuel griff nach der Feder. Wandte sich dann dem Mädchen zu: „Verzählen Sie, aber ich weiß Ihren Namen nicht.“

„Mary Smith“, entgegnete sie, und Samuel blickte sie erstaunt an. „Mary Smith“, wiederholte sie, und Samuel schrieb gehorsam den Namen nieder. Der Mann führte sie ins nächste Stockwerk. Samuel drückte das Mädchen auf einen Sessel, stand wartend da. Sie schnellte auf, warf sich aufs Bett und begann furchtbar zu weinen. Samuel kannte nicht einmal das Wort „Hysterie“, nun erschreckte es ihn entsetzlich, sie so zu sehen, er konnte nicht glauben, daß ein so zartes Geschöpf einen derartigen Gefühlssturm auszuhalten vermöge. „O, bitte, bitte, hören Sie zu weinen auf! Bitte! Bitte!“ rief er.

„Ich kann nicht ohne ihn leben“, schluchzte sie immer wieder. „Kann nicht ohne ihn leben. Was soll ich tun?“

Samuel tat das Herz weh. Er trat ans Bett, legte dem Mädchen die Hand auf den Arm. „Hören Sie mich an“, flehte er. „Ich will versuchen, Ihnen zu helfen.“

„Was können Sie tun?“

„Ich werde zu ihm gehen. Werde ihn bitten ... vielleicht hört er mich an.“

„Ja!“ rief sie, „ja! Sagen Sie ihm, daß ich mich töten werde. Ihn töten werde und auch Dolly, bevor sie ihn mir nimmt. Ja, es ist mein Ernst. Er schwor, daß er mich nie verlassen würde. Und ich glaubte ihm, vertraute ihm.“

Samuel ballte mit jäher Entschlossenheit die Hände zur Faust. „Ich werde mit ihm sprechen. Noch heute nacht.“ Er wandte sich um und verließ das Zimmer. Im Büro wollte er noch dem Mann mitteilen, daß er jetzt gehe, doch fand er niemand vor und verließ nach kurzem Zögern das Hotel.

Der Sturm hatte sich gelegt, durch die dahinjagenden Wolken blickte der Mond. Samuel hastete nach „Fairview“ zurück, die Hände verkrampft, die Seele voller Entschlossenheit. Als er anlangte, stand das Auto vor der Tür, und die Gäste nahmen Abschied. Singend zogen sie an ihm vorüber. Als sie fortgefahren waren, fand sich Samuel seinem jungen Herrn gegenüber.

„Wer ist da?“ fragte Bertie betroffen.

„Ich, Herr.“

„Oh, Samuel. Was treiben denn Sie hier?“

„Ich war mit der jungen Dame.“

„Ah, was ist denn aus ihr geworden?“

„Ich brachte sie in ein Hotel.“

„Hm; ich bin Ihnen sehr dankbar.“

Auf der Terrasse brannten die elektrischen Lampen, und Samuel vermochte das Gesicht des anderen zu sehen; es war vom Trinken gerötet. Berties Haar und Kleidung befanden sich in Unordnung. Er stand nicht ganz fest auf den Füßen.

„Herr Albert“, sprach Samuel ernst: „Darf ich ein paar Worte mit Ihnen reden?“

„Freilich.“ Bertie blickte sich nach einem Sessel um, sank darauf nieder. „Was gibt's?“

„Die junge Dame, Herr Albert.“

„Was ist mit ihr?“

„Sie ist sehr unglücklich.“

„Das kann ich mir denken. Nun, sie wird sich schon trösten.“

„Herr Albert“, rief Samuel, „Sie haben sich ihr gegenüber nicht anständig benommen.“

Bertie starrte ihn an. „Teufel!“

„Sie dürfen die junge Dame nicht verlassen, Herr Albert. Sie laden damit ein furchtbares Unrecht auf Ihr Gewissen. Sie haben Sie verführt und zugrunde gerichtet.“



„Wie?“ rief Bertie verblüfft. „Hat sie Ihnen diesen Schwindel aufgehunden?“

„Sie erzählte mir keine Einzelheiten“, erwiderte der Bursche.

„Mein Lieber“, lachte Bertie, „ich habe doch dem Mädchen zu einer Karriere verholfen. Sie war Choristin mit achtzehn Dollar die Woche, als ich sie kennenlernte.“

„Das kann ja sein, Herr Albert, aber wenn sie ein anständiges Mädchen war ...“

„Unsin, Samuel, machen Sie sich darüber keine Gedanken.“ Sie hat vor mir drei oder vier Liebhaber gehabt.“

Eine kurze Pause entstand; Samuel versuchte, sich die Sache klarzumachen. „Aber selbst dann, Herr Albert“, meinte er schließlich, „dürfen Sie das Mädchen nicht verlassen und dem Hunger preisgeben.“

„Blödsinn! Wer hat Sie denn auf diese Gedanken gebracht? Belle kann soviel Geld bekommen, wie sie nur will; darüber braucht sie sich wirklich keine Sorgen zu machen. Sprach sie davon?“

„Nein“, murmelte Samuel verwirrt, „das nicht, aber, Herr Albert ... sie liebt Sie.“

„Ja, ich weiß es; das ist ja gerade das Unglück. Sie möchte mich unter einem Glassturz halten, und das langweilt mich.“ Er schwieg einen Augenblick, sprach dann unvermittelt: „Samuel, weshalb heiraten nicht Sie das Mädchen?“ (Fortsetzung folgt.)

## Das Maß ist voll!

Das Maß ist voll und die Geduld zu Ende!

Der Weg zurück ist Sklavereil

Wir stehn an einer Zeitenwende,

Erkenn es, Volk, und mach dich frei!

Wie lange noch willst du die Schmach ertragen?

Die Hungerpeitsche schwingt die Noth!

Wie lange noch das bange Fragen:

Wann gibt es Arbeit, Lohn und Brot?

Wann endlich, Volk, wirst du begreifen

Den Wahnsinn, der die Welt regiert,

Und in dir das Bewußtsein reifen?

Die Zeit ist da, nun los, marschier!

Das Ziel ist klar, wir müssen es erreichen!

Seid einig, Brüder, und bereit!

Auf unsern Fahnen grüßt das Zeichen

Der Liebe und Gerechtigkeit.

Wir rufen nicht zu unbesonnen Taten,

Doch wehe, wenn der Sturm entfacht!

Dann sind wir einig, Kameraden.

Durch Kampf zum Sieg! Wir sind die Macht!

J. H. E. Böhrer

## Zum 100. Geburtstage des Federhalters

Der Federhalter, dieser alltägliche Gegenstandsgegenstand, ohne den wir uns das Schreiben gar nicht vorstellen können, ist doch noch verhältnismässig jung; er soll erst in diesem Jahre seinen 100. Geburtstag feiern. Er steht im Zusammenhang mit der Erfindung der Stahlfeder um das Jahr 1830. Diese neue Schreibmethode wollte sich aber nicht recht einbürgern, da die Federn schwerfällig und teuer waren, und so blieb dem Publikum im allgemeinen bei dem altgewohnten Federkiel. Als aber im Jahre 1832 die ersten hölzernen Federhalter in den Handel gebracht wurden, die die Einführung einer viel kleineren, billigeren und handlicheren Stahlfeder ermöglichten, da begann eigentlich erst der Siegeszug der modernen Schreibfeder, der auf diese Weise mit dem des Federhalters aufs innigste verknüpft ist. Der Übergang zu der neuen Art von Schreibfedern kam so plötzlich, daß die Fabrikanten und Händler mit großen Beständen von alten Federkielen sitzenblieben. Sie hätten einen bedeutenden Schaden erlitten, wenn nicht ein findiger Geist, dessen Name leider der Nachwelt nicht erhalten worden ist, auf den klugen Gedanken gekommen wäre, die unverkauften Federkiel als Zahnstocher auf den Markt zu bringen. So fanden sie doch noch Absatz. Es ist übrigens interessant, daß der Füllfederhalter, in dem wir die modernste Entwicklung des Schreibgerätes erblicken, tatsächlich viel älter ist als die Stahlfeder. Im 17. und 18. Jahrhundert werden zahlreiche Erfindungen erwähnt, bei denen Tinte in ein Rohr gefüllt wurde, die beim Schreiben in die Feder floß. Diese alten Füllfederhalter waren ohne praktischen Wert. Ein wirklich brauchbarer Füllfederhalter konnte erst gefunden werden, als man die mit Iridium gehärtete Goldfeder dazu verwendete.

## Japan auf dem Wege zum 100-Millionen-Volk

Die japanische Bevölkerung zeigt ein unaufhaltsames Wachstum. Soeben wird das Ergebnis der Volkszählung von 1930 bekannt. Darin ist die Bevölkerung Japans ohne Kolonien mit 64 450 000 ausgewiesen. Das bedeutet gegenüber der Volkszählung von 1925 eine Zunahme von 7,9 Prozent. Im Jahre 1925 hatte die Bevölkerung, verglichen mit dem vorausgegangenen Jahr, nur um 6,7 Prozent zugenommen. Die Geburtenziffer steigt in Japan dauernd an. Die Volkszählung von 1930 ergibt einen jährlichen Geburtenüberschuß von 15,30 je Tausend. Im vorausgegangenen Jahr fünf hatte dieser Überschuß nur 13,14 je Tausend betragen.

Wenn diese Entwicklung anhält, kann der Zeitpunkt abgesehen werden, an dem Japan mit 100 Millionen in die Nachbarschaft der beiden größten Völker (nach China), Rußland und die Vereinigten Staaten, getreten sein wird. Das starke Wachstum der Bevölkerung — jährliche Zunahme ungefähr eine Million — stellt eins der schwerstwiegenderen weltpolitischen Probleme dar, dem Japan besitzt in seinem Land keine natürlichen Hilfsquellen, um den Bedürfnissen einer wachsenden Bevölkerung zu genügen, während sich die englisch sprechende Welt nach wie vor weigert, den japanischen Menschenüberfluß auch nur im bescheidensten Umfang aufzunehmen.

## Allerlei Humor

Das gute Gedächtnis. Der 25. Hochzeitstag rückte näher und näher, ohne daß die bevorstehende Silberhochzeit im Gespräch berührt wurde. Schließlich entschloß sich Johanna, die Aufmerksamkeit ihres Mannes auf das bevorstehende festliche Ereignis zu lenken. „Ich nehme an, Du weißt, — am Sonntagabend los ist?“ begann sie. — „Ja, und?“ — „Na, natürlich der große Fußballwettkampf.“

Bücher und Zeitschriften

Alle hier angezeigten Bücher können durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes...

Der Staat als Unternehmer. Von Dr. Hans Staudinger. Staatssekretär im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe...

Deutschland so oder so? Von H. R. Knickerbocker. Rowohlt-Verlag, Berlin W 50. Preis 3,50 Mk.

Berliner und mitteldeutschen Elendsquartiere auf der einen und der Luxusstraten auf der anderen Seite...

Die Handwerkschule. Meisterwerk des gesamten Handwerks. Herausgeber Dr. Hans Meusch...

Dietz Arbeiter-Reise- und Wanderführer. Mit zahlreichen Abbildungen und Orientierungskarten...

Asew, die Geschichte eines Verrats. Von Boris Nikolajewsky. Dokumente russischer revolutionärer Bewegung...

druckpapier. Buchausstattung von Jan Tschichold. Verlag 'Der Bücherkreis'...

Der Relativitätsgedanke und Relativität und Entwicklung. Von Emil Goldstein. Verlag J. H. W. Dietz Nachf.

Neue Agitationsschritte aus dem Verlage von J. H. W. Dietz Nachf. GmbH in Berlin...

Männer, Köpfe, Charaktere. Bilder unserer politischen Führer. Unter diesem Titel gibt die Republikanische Werbeabteilung...

Postkartengröße, und sie lassen sich auch als Postkarten verwenden. Preis der Mappe 50 Pf.

Sozialistische Bildung. Monatsschrift mit den ständigen Beilagen 'Bücherwarte' und 'Sozialistische Erziehung'...

Gesundheit. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung des berufstätigen Volkes...

Urania. Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft mit den ständigen Beilagen 'Sozialer Wandern', 'Der Leib'...

Technik für alle. Monatshefte für Technik und Industrie. Jährlich 12 Hefte mit 4 Buchbeilagen...

Zentralkrankenkasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter, Sitz Hamburg

Abrechnung der Hauptkasse für März 1932. Versandte Zuschüsse 48 999,- Mk.

Mehragaben im März 39 352,07 Mk. Th. Malchow, Hauptkassierer.

Die Jahresabrechnungen für 1931 kommen Mitte April zum Versand. Der Vorstand.

Verantwortlicher Schriftleiter: M. Kayser, Berlin.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H., Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2.

Advertisement for 'Neuzeitliche Möbel' and 'Moderne Möbel' featuring a catalog of furniture and a price of 13,50 Mk.

Advertisement for 'Original-süddeutsche Hobelbänke' and 'Hobelbänke 60 RM.' with various specifications and prices.

Advertisement for 'Leimlöten, Furnierböcke' and 'SCHWANGER SCHAFT' with a price of 1,80 Mk.

Large advertisement for 'Witt hat einzig und allein' featuring a list of goods and prices, including curtains, fabrics, and bedding.

Advertisement for 'Alle Romane' by Zane Grey and 'Max Brand' by Curwood, with prices for individual volumes.

Advertisement for 'Original-süddeutsche Hobelbänke 65 Mk.' and 'Billige böhmische Bettfedern' by S. Benisch.